

Oberösterreichischer



Landesrechnungshof

Gutachten

Stadtgemeinde

Braunau am Inn

Bericht

Auskünfte

Oberösterreichischer Landesrechnungshof

A-4020 Linz, Promenade 31

Telefon: #43(0)732/7720-11426

Fax: #43(0)732/7720-214089

E-mail: post@lrh-ooe.at

Impressum

Herausgeber: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31

Redaktion und Grafik: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
Herausgegeben: Linz, im Juli 2008

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	1
Strukturelle Entwicklung	4
Organisation	4
Personalstand	4
Personalausgaben	5
Konzeptionelle Grundlagen einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltung	5
Stadtamt (Kernverwaltung)	6
Sicherheitswache	7
Organisations- und Qualitätsanalyse	8
Führungsarbeit	8
Strategie und Planung	8
Personalmanagement	9
Externe Partnerschaften und Ressourcen	9
Prozess- und Veränderungsmanagement	9
Bürgerorientierte Resultate	10
Mitarbeiterzufriedenheit	10
Auswirkungen auf die Gesellschaft	11
Leistungsergebnisse der Organisation	11
Haushalts- und Finanzsituation	12
Haushaltsergebnisse	12
Gesamthaushalt	12
Ordentlicher Haushalt	12
Außerordentlicher Haushalt	13
Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung	13
Laufende Gebarung	15
Öffentliches Sparen	15
Freie Finanzspitze	16
Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)	16
Finanztransaktionen	17
Mittelfristige Finanzplanung 2008 - 2011	17
Verschuldung	17
Darlehen und sonstige Finanzverbindlichkeiten	17

Rücklagen	18
Strukturelle Einsparungsüberlegungen der Stadt	19
Feuerwehrwesen	19
Gemeindewohnhaus Linzerstraße 36	19
Gemeindewohnungen	19
Betriebsbaugebiet in Ranshofen	19
Reithalle, Alte Papiermühle und Baugründe	20
Pensionistenklubs	20
Entwicklung der Volksschulen	20
Förderungen und andere freiwillige Leistungen	21
Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen	21
Auswirkungen auf den Haushalt	21
Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung	21
Parkraumbewirtschaftung	22
Citybus	22
Kinderbetreuungseinrichtungen	23
Freibad und Hallenbad	23
Bauhof, Wasserwerk, Gärtnerei	23
Stadttheater	24
Elektroteam Stadtwerke Braunau GmbH	24
Außerordentliche Vorhaben	25
Überblick	25
Bundesschulzentrum	26
Kosten und Finanzierung	26
Volks- und Hauptschule Ranshofen	26
Kosten und Finanzierung	26
Hallenbad	28
Kosten und Finanzierung	28
Planung und Bauleitung	28
Veranstaltungszentrum (Umbau Arbeiterkammersaal)	29
Allgemeines	29
Kosten und Finanzierung	29

Recyclinghof mit Hackgutlager und Grünschnittsammelbereich _____	30
Allgemeines _____	30
Hackgutheizung _____	30
Kosten und Finanzierung _____	30
Gemeindestraßen _____	31
Kosten und Finanzierung _____	31

Abkürzungsverzeichnis / Glossar

Begriff	Erklärung
A	
ABA	Abwasserbeseitigungsanlage
AK	Arbeiterkammer
ao. H.	außerordentlicher Haushalt
ASZ	Altstoffsammelzentrum
B	
BAV	Bezirksabfallverband
BE	Bauetappe
BIG	Bundesimmobiliengesellschaft
BZ	Bedarfszuweisungen
C	
CAF	Common assessment framework; gemeinsames europäisches Qualitätsbewertungssystem
D	
D	Deutschland
DPL	Dienstpostenplan
F	
FF	Freiwillige Feuerwehr
FSG	Führerscheingesetz
G	
GR	Gemeinderat
GemHKRO	Gemeindehaushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung
I	
IB	Interessentenbeiträge
K	
KFG	Kraftfahrzeuggesetz
KG	Verein zur Förderung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Braunau & CO KG
KZ	Kennzahl laut Rechnungsquerschnitt

L	
LGBl.	Landesgesetzblatt
LRH	Landesrechnungshof
LRHG	Landesrechnungshofgesetz
M	
MFP	Mittelfristige Finanzplanung
N	
NVA	Nachtragsvoranschlag
O	
o. H.	ordentlicher Haushalt
OÖVV	Oberösterreichischer Verkehrsverbund
P	
PE	Personaleinheit
R	
RA	Rechnungsabschluss
RHV	Reinhalteverband
RQ	Rechnungsquerschnitt
S	
SHV	Sozialhilfeverband
STVO	Straßenverkehrsordnung
U	
USt.	Umsatzsteuer
V	
VA	Voranschlag
VS	Volksschule
W	
WVA	Wasserversorgungsanlage

Der Landesrechnungshof (LRH) hat in der Zeit vom 26.3.2008 bis 7.5.2008 über Ersuchen der zuständigen Gemeindereferenten Landesrat Josef Ackerl und Landesrat Dr. Josef Stockinger vom 28.1.2008 ein Gutachten im Sinne des § 4 Abs. 7 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z. 8 des Oö. LRHG, LGBl. Nr. 38/1999 idgF über die Gebarung der Stadtgemeinde Braunau am Inn, politischer Bezirk Braunau, erstellt.

Schwerpunkte des Gutachtens waren die Haushalts- und Finanzsituation, der Anstieg der Personalkosten und der Verschuldung, die Finanzierbarkeit der außerordentlichen Vorhaben sowie die Effizienz der Aufbau- und Ablauforganisation der Stadtverwaltung.

Ziele des Gutachtens waren:

- die finanzielle Lage der Stadtgemeinde zu bewerten, Einsparungspotentiale und Optimierungsmöglichkeiten bei den Einnahmen und Ausgaben zur Haushaltskonsolidierung zu suchen,
- die Finanzierbarkeit der außerordentlichen Vorhaben ausloten und
- die Effektivität und Effizienz der Aufbau- und Ablauforganisation sowie die strategische Ausrichtung der Stadtverwaltung zu untersuchen und zu beurteilen

Die finanzielle Entwicklung des Gesamthaushaltes wurde auf Basis der Rechnungsquerschnitte im Zeitablauf 2005 – 2007 aufgearbeitet und in Beziehung gestellt. Bei Bedarf wurden Ergebnisse aus Vorjahren und Prognosewerte für die Zukunft aus der mittelfristigen Finanzplanung in die Finanzanalyse miteinbezogen.

Zur Beurteilung der Gebarungsführung war es notwendig, neben finanzwirtschaftlichen Aspekten auch betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Das Prüfungsteam setzte sich aus Josef Binder als Prüfungsleiter, Hubert Eschlböck, Viktor Lang und Josef Lenglachner zusammen.

Das vorläufige Ergebnis der Prüfung wurde dem Bürgermeister in der Schlussbesprechung am 4. 7. 2008 zur Kenntnis gebracht.

Nachstehend werden in der Regel punktweise die Sachverhaltsdarstellung (Kennzeichnung mit 1 an der zweiten Stelle der Absatzbezeichnung), deren Beurteilung durch den LRH (Kennzeichnung mit 2), *die Stellungnahme der überprüften Stelle (Kennzeichnung mit 3 und im Kursivdruck)* sowie die allfällige Gegenäußerung des LRH (Kennzeichnung mit 4) aneinandergereiht.

In Tabellen und Anlagen des Berichtes können bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben durch die EDV-gestützte Verarbeitung der Daten rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Im Regelfall wurden Beträge kaufmännisch gerundet.

KURZFASSUNG

- (1) Die Bezirksstadt Braunau (17.400 EW) verfügt im Schul-, Sozial-, Kultur-, Sport-, Freizeit- und Wirtschaftsbereich über ein überregionales Leistungsangebot. Aufgrund ihres guten Steueraufkommens ist sie zwar finanzkräftig, ihre finanzielle Lage hat sich aber in den letzten Jahren angespannt. Zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung gründete die Stadt unter anderem den Gemeindeverband „Industriepark Braunau-Neukirchen“ mit dem Ziel, eine Grundfläche von 27 Hektar als Industrie- und Gewerbegebiet aufzuschließen und gemeinsam mit der Nachbargemeinde zu vermarkten.
- (2) Braunau erwirtschaftete 2007 im Gemeindehaushalt einen Fehlbetrag von 81.000 Euro. Dieses negative Ergebnis ergab sich durch einen Abgang im ordentlichen Haushalt (o. H.) von 404.000 Euro und einen Überschuss im außerordentlichen Haushalt (ao. H.) von 323.000 Euro. In den Vorjahren konnte der o. H. stets ausgeglichen werden. 2007 war dies nicht möglich, weil eine einmalige Gewerbesteuerrückzahlung und Steuerabschreibungen von zusammen 300.000 Euro zu Buche schlugen. Das positive Ergebnis im ao. H. resultierte hingegen aus außerplanmäßigen Zuschüssen für das Bundesschulzentrum.

Im Voranschlag 2008 ist im o. H. ein Fehlbetrag von 1,2 Mio. Euro und im ao. H. ein Überschuss von 113.000 Euro präliminiert. Da die Stadt aus derzeitiger Sicht höhere Ertragsanteile von ca. 300.000 Euro und zusätzliche Erlöse aus Grundstücksveräußerungen von etwa 1,1 Mio. Euro erwarten kann, werden sich diese Ergebnisse verbessern. Dennoch ist unverkennbar, dass sich die Haushaltssituation in Braunau unter anderem durch die rege Investitionspolitik dermaßen anspannte, dass der Haushaltsausgleich trotz den Rücklagenentnahmen (2006: 425.000 Euro, 2007: 106.000 Euro) gefährdet wurde. Vor allem die Folgekosten der fremdfinanzierten Baumaßnahmen und stark steigende Transferzahlungen überforderten die Leistungsfähigkeit des Haushaltes. Inzwischen ergriff die Stadt zahlreiche Einsparungsmaßnahmen. Der LRH meinte aber, dass zur Konsolidierung des Haushaltes weitere geplante Strukturbereinigungen umzusetzen sein werden.

- (3) Nach Ansicht des LRH liegt das Finanzproblem der Stadtgemeinde in der laufenden Gebarung. Obwohl sich die Stadt um eine wirtschaftliche Gebarungsführung bemühte, sank in den letzten Jahren lt. Rechnungsquerschnitt (RQ) der Saldo der laufenden Gebarung ständig ab, weil vor allem die Ausgaben für Transferzahlungen, Verwaltungs- und Betriebsaufwand inklusive Leasingraten und Zinsen stärker stiegen als die Einnahmen. Dieser Saldo ergab 2006 und 2007 eine öffentliche Sparquote von 10,6 % bzw. 9,6 % und eine freie Finanzspitze von jährlich ca. 450.000 Euro. Für die Folgejahre sind hingegen negative Budgetspitzen prognostiziert.

Die Personalausgaben (ohne Pensionen) stiegen in den letzten zwei Jahren nur mäßig an und beliefen sich 2007 auf 8,56 Mio. Euro, das sind 26,3 % der laufenden Ausgaben des RQ bzw. 22,4 % der o. Ausgaben. In Anbetracht der zahlreichen personalkostenintensiven Kinderbetreuungseinrichtungen, der städtischen Sicherheitswache und der Altersstruktur des gesamten Personals hielt der LRH diesen Anteil jeweils noch für angemessen.

- (4) Trotz hoher Überschüsse bei Wasser, Kanal und Abfallbeseitigung belasteten die öffentlichen und betriebsähnlichen Einrichtungen der Stadt den o. H. 2007 mit 995.000 Euro, weil vor allem Kindergärten, Citybus sowie Frei- und Hallenbad hohe Defizite verursachten. Der LRH meinte, dass der Haushalt durch eine weitere Senkung des Defizits beim Citybus und durch eine Ausweitung der gebührenpflichtigen Parkflächen entlastet werden sollte.
- (5) Im Schuldennachweis zeigt die Stadt einen Stand an Finanzschulden von 37,8 Mio. Euro. Dazu kommen noch „ausgelagerte Schulden“ beim Gemeindeverband „Industriepark“ und bei gemeindeeigenen Gesellschaften von zusammen 9,4 Mio. Euro sowie Leasingverpflichtungen von 2,6 Mio. Euro. Der LRH stellte fest, dass die Verschuldung im weiteren Sinn in den letzten Jahren durch Fremdfinanzierungen von Investitionen stark gestiegen ist und die Verschuldung durch die eingegangenen Zahlungsverpflichtungen hoch ist.
- (6) Die rege Bautätigkeit verursachte in den Jahren 2004 bis 2007 Ausgaben von 49,45 Mio. Euro. Ohne Vor- und Zwischenfinanzierungen betragen die Ausgaben im ao. H. 39,33 Mio. Euro, denen Einnahmen von 29,95 Mio. Euro gegenüber standen. Der Unterschiedsbetrag wird in den Folgejahren durch Bundes- und Landesförderungen abgedeckt.

Die ao. Einnahmen wurden zu 57 % aus Zuschussmitteln, 29 % Fremdmitteln und 14 % Eigenmitteln aufgebracht. Die Eigenmittel von 4,11 Mio. Euro stammten zu 50 % aus Veräußerungserlösen, 41 % aus Rücklagen und nur 9 % aus laufenden Beiträgen des o. Haushaltes. 2007 waren keine Beitragsleistungen aus dem Haushalt mehr möglich. Die Finanzierung der ao. Vorhaben erforderte daher im Betrachtungszeitraum neben den Zuschüssen hohe Erlöse aus Vermögenveräußerungen und Fremdmittelaufnahmen.

Nach Ansicht des LRH muss sich die Stadt mit neuen Investitionen mehr zurückhalten. Vor Inangriffnahme neuer Vorhaben sollten primär bestehende Vorhaben ausfinanziert werden. Geplante Vorhaben sind einer strikten Bedarfsprüfung unter Beachtung der Investitions- und Folgekosten zu unterziehen und nach Prioritäten zu reihen. Um selbst wieder mehr Eigenmittel zur Finanzierung von Vorhaben aufbringen zu können, ist es wichtig, die vom Strukturausschuss aufgezeigten Möglichkeiten für Strukturbereinigungen umzusetzen. So sollten die erwarteten Einnahmen aus dem geplanten Verkauf von Wohnungen und Grundstücken zur Ausfinanzierung laufender Vorhaben und zur vorzeitigen Tilgung von Schulden verwendet werden.

- (7) Die Stadt wird engagiert und bürgerfreundlich verwaltet. Das Personal vermittelte einen qualifizierten Eindruck. Es ist mit einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltungsführung weitgehend vertraut. Dem LRH fehlte aber eine gesamteinheitliche Verwaltungsmodernisierung. Unter Einbindung der Politik und erforderlichenfalls Experten- Know-How sollte die Stadt eine zukunftsorientierte Aufgabenkritik vornehmen und ihre Geschäftsprozesse laufend optimieren, wie dies bereits in einzelnen Bereichen wie zB Bauhof, Gärtnerei und Wasserwerk begonnen wurde.

Die Aufbauorganisation der Stadtgemeinde ist derzeit in 3 Geschäftsgruppen und 10 Abteilungen gegliedert. Diese Struktur eignet sich nicht optimal für Prozessabläufe zur effizienten Leistungserbringung. Der LRH empfahl daher, die Aufbauorganisation zu überdenken und die Hierarchieebenen mittel- bis langfristig abzuflachen.

(8) Zusammenfassend sah der LRH folgenden Handlungsbedarf:

Zur Verwaltungsmodernisierung

- Organisationsstruktur neu überdenken und Hierarchieebenen mittel- bis langfristig abflachen (siehe Pkt. 5.2.)
- Umsetzungsstrategien zur Verwaltungsmodernisierung und Prozessoptimierung festlegen (siehe Pkt. 8.2.)
- Führungskompetenzen durch Schulung der Führungskräfte in Verwaltungs-, Qualitäts- und Veränderungsmanagement weiter entwickeln (siehe Pkt. 8.2.)
- Personalentwicklungs- bzw. Weiterbildungskonzept mit Schwerpunkt auf persönlichkeitsbildende Maßnahmen durch Amtsleitung erstellen (siehe Pkt. 10.2.)
- Organisationskultur in den Bereichen Information, Mitsprache und Kommunikation verbessern und mehr Eigenverantwortlichkeit an Führungskräfte übertragen. Aufgaben verstärkt delegieren sowie Kompetenzen- und Ressourcenverantwortung zusammenführen (siehe Pkte. 14.2.; 5.2.).

Zur Haushaltskonsolidierung

- Die vom Strukturausschuss aufgezeigten Möglichkeiten für Strukturbereinigungen weitestgehend umsetzen. Erlöse aus Vermögensveräußerungen zur Ausfinanzierung laufender Vorhaben und vorzeitigen Schuldentilgung sowie für Energiesparmaßnahmen verwenden (siehe Pkte. 30.2. bis 36.2.)
- Laufende Vorhaben ausfinanzieren, geplante Vorhaben einer Bedarfsprüfung unter Beachtung der Investitions- und Folgekosten unterziehen, Investitionstätigkeit reduzieren und dabei klare Prioritäten setzen (siehe Pkt. 47.2.)
- Parkraumbewirtschaftung ausbauen und zusätzliche Einnahmen von jährlich bis zu mehreren Hunderttausend Euro lukrieren (siehe Pkt. 40.2.)
- Notwendigkeit der Mehrfachförderungen durch verschiedene Gebietskörperschaften kritisch hinterfragen und jährlich 24.000 Euro einsparen (siehe Pkt. 37.2.)
- Aufgabenkritik und Prozessoptimierung in der Verwaltung und den städtischen Betrieben einleiten bzw. umsetzen (siehe Pkte. 2.2.; 44.2.).

Strukturelle Entwicklung

- 1.1. Die Bezirksstadt Braunau am Inn ist mit 17.400 Einwohnern der größte Ort im Innviertel. Sie entwickelte sich durch Gewerbe- und Industriebetriebe zum regionalen Zentrum für Wirtschaft und Technologie. Zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung gründete die Stadt unter anderem den Gemeindeverband „Industriepark Braunau-Neukirchen“ mit dem Ziel, 27 Hektar Grundfläche als Industrie- und Gewerbebetrieb aufzuschließen und gemeinsam mit der Nachbargemeinde zu vermarkten.
Im Kulturbereich wurde eine mittelalterliche Badeanlage („Vorderbad“) restauriert, das Kulturzentrum „GUGG“ errichtet und die ehemaligen Arbeiterkammersäle zu einem Veranstaltungszentrum umgebaut. Mit einem neuen Leitbild zur Stadtentwicklung will Braunau die Grundlage schaffen, um die Infrastruktur weiter auszubauen und das Leistungsangebot noch zu optimieren.
- 1.2. Der LRH anerkannte das Engagement zur Stadtentwicklung. Er führte dies, insbesondere bei der Sicherung der Rahmenbedingungen für Betriebsansiedelungen und -erweiterungen, auf das Bemühen der Gemeindevertretung und -verwaltung zurück. Der LRH bemerkte, dass die Stadtgemeinde durch hohe Investitionen im Schul-, Sozial-, Kultur-, Sport-, Freizeit- und Wirtschaftsbereich auch den überregionalen Bedarf abdeckt. Er wies darauf hin, dass derzeit ein Innenstadtkonzept erarbeitet wird und sich die Stadt im Sinne ihres Umweltleitbildes zum umfassenden Umweltschutz bekennt.

Organisation

Personalstand

- 2.1. Von 2005 bis 2007 sank der Personalstand von 258 Bediensteten (211,54 PE) auf 249 (205 PE) und erhöhte sich 2008 auf 255 Bedienstete (207,7 PE).
Das Personal verteilte sich 2008 auf folgende Bereiche:

Kernverwaltung	65 Bedienstete/55,7 PE
Stadtpolizei	14 Bedienstete/14,0 PE
Schulen/Reinigungsdienst	58 Bedienstete/37,9 PE
Kindergarten, Hort	42 Bedienstete/33,1 PE
Bauhof, Wasserwerk, Kläranlage, Gärtnerei, Freizeitzentrum	70 Bedienstete/63,4 PE
Personalvertretung, Bücherei, Museum, Sonderschulhelferinnen	6 Bedienstete/ 5,6 PE
- 2.2. Der LRH stellte fest, dass die Stadt im Wesentlichen um eine sparsame Dienstpostenbewirtschaftung bemüht war. Damit weiterhin mit dem Personalstand das Auslangen gefunden werden kann, sollten laufend Geschäftsprozesse optimiert und das Personal möglichst flexibel eingesetzt werden. Der LRH empfahl der Stadtverwaltung eine eingehende Aufgabenkritik vor allem in der Abteilung Soziales, da diese jährlich über 2.000 Geschäftsfälle wie zB Radio-, Fernseh- und Telefon-Grundgebührenbefreiungen,

Anträge auf Pensionen, Wohnbeihilfe, Pflegegeld, Sozialhilfe usw. freiwillig erledigte, obwohl dafür andere Stellen zuständig gewesen wären. Auch in der Abteilung III b – Bau/Planung ist die Notwendigkeit der zahlreichen Sekretariate genauer zu hinterfragen.

Personalausgaben

- 3.1. Die Leistungen für das Personal (KZ 20) beliefen sich 2005 auf 8,26 Mio. Euro (ohne Pensionsbeiträge) und erhöhten sich bis 2007 um 3,6 % auf 8,56 Mio. Euro. Die Personalausgaben entsprachen 26,3 % der laufenden Ausgaben des RQ (KZ 29) bzw. 22,4 % der ordentlichen Ausgaben. Auswirkungen auf die Personalkosten hatten vor allem zahlreiche Kinderbetreuungseinrichtungen und die städtische Sicherheitswache, weiters die hohe Altersstruktur des Personals, diverse Struktureffekte (zB Biennialbeförderungen, Jubiläumsszuwendungen, Abfertigungen) sowie etliche Optierungen in das neue Gehaltsschema und aufwändige Strukturen in der Verwaltung.
- 3.2. Nach Ansicht des LRH lag der prozentuelle Anteil der Personalausgaben unter Berücksichtigung der zahlreichen mit eigenem Personal geführten Einrichtungen in einem noch angemessenen Bereich.

Konzeptionelle Grundlagen einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltung

- 4.1. Die konzeptionellen Grundlagen von New Public Management, auch als „wirkungsorientierte Verwaltungsführung“ bezeichnet, gelten als Maßstab für eine qualitätsvolle öffentliche Verwaltung. Als Lösungsansätze für eine grundlegende Erneuerung der öffentlichen Verwaltung gelten auch der Kriterienraster des Common assessment framework¹ (europäisches Qualitätsbewertungssystem) und die Elemente der Good Governance (Leitlinien für „gutes“ Regieren bzw. Verwalten).
Diese Lösungsansätze machen es notwendig, dass eine Gemeinde ihre strategischen Ziele neu definiert. Diese sollten nach folgenden Ansatzpunkten ausgerichtet sein:
 - eine veränderte Steuerungsphilosophie (Führung durch Ziele, umfassendes Qualitätsmanagement),
 - eine neue Organisationskultur (Leitbilder, ein neues Führungsverständnis, konstruktiver Umgang mit Fehlern, Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter statt Misstrauen und Überwachung),
 - Erweiterung der Organisationsprinzipien (dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung) sowie
 - zusätzliche Managementinstrumente (wie zB Zufriedenheits- und Ergebnismessungen, Vergleiche anhand von Kennzahlen, strategische Konzepte).
- 4.2. Der LRH gewann den Eindruck, dass die Führungskräfte der Stadtverwaltung grundsätzlich bemüht waren, eine ziel- und wirkungsorientierte Verwaltungsführung nach den Grundsätzen des NPM aufzubauen. Positiv merkte er an, dass einige Elemente wie Bürger- und Kundenorientierung sowie E-government gut ausgeprägt waren.

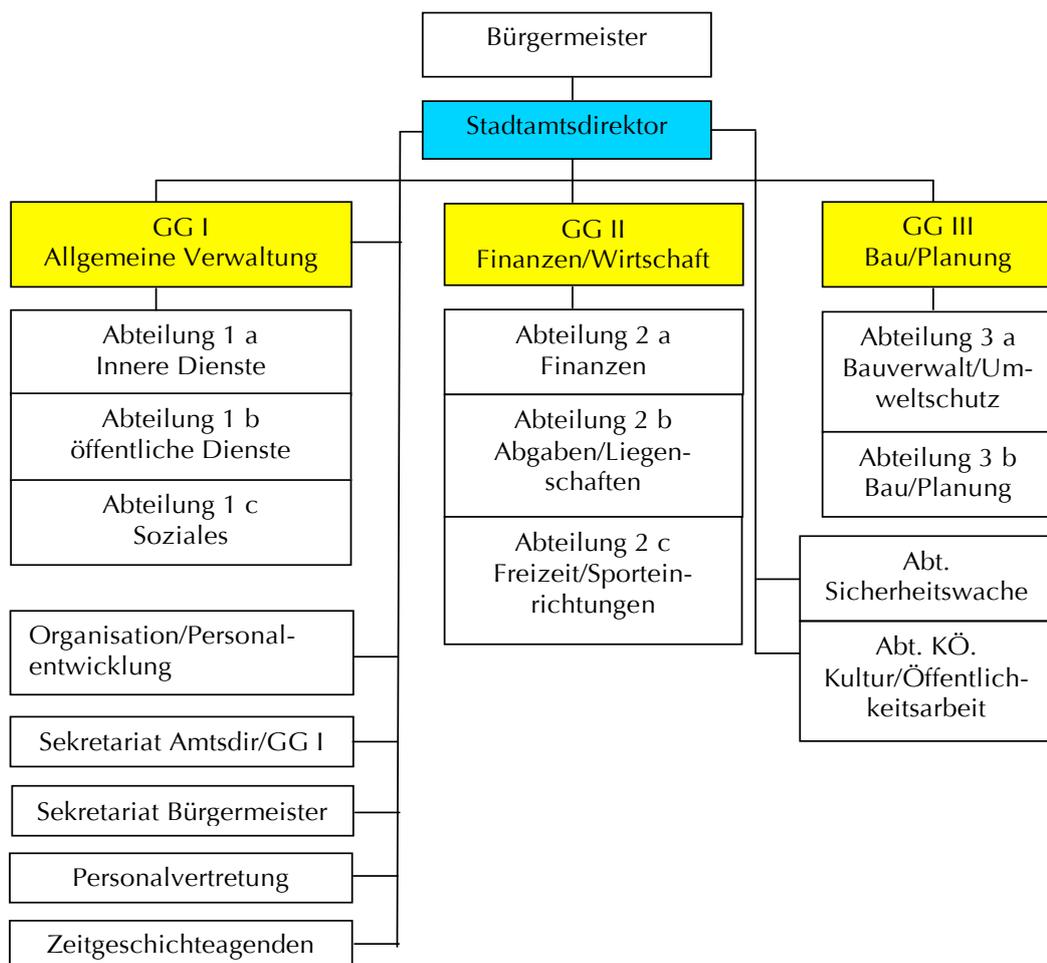
¹ Der CAF basiert auf 9 Themenfelder (zB Führung, Strategie u. Planung, Personalmanagement...) mit bestimmten Kriterien und Leistungsmerkmalen. Er ermöglicht allen öffentlichen Verwaltungen der Europäischen Union auf standardisierte und somit vergleichbare Weise Analysen und Selbstbewertungen des erreichten Modernisierungsstandes. Eine PDF-Version zum Download ist unter www.kdz.or.at verfügbar.

Der LRH empfahl jedoch, die Verwaltung verstärkt in einem kontinuierlichen Prozess der Wirkungs- und Qualitätsorientierung im Sinne einer gesamteinheitlichen Verwaltungsmodernisierung auszurichten und dabei die Politik verstärkt einzubinden. Die Politik sollte die Modernisierungsziele mit gestalten, indem der Bürgermeister, der Stadtrat und allenfalls externe Berater an der Strategieentwicklung und an Leitprojekten mitwirken.

Stadtamt (Kernverwaltung)

5.1. Die Stadtverwaltung gliederte sich nach dem Organigramm aus dem Jahr 2007 in 3 Geschäftsgruppen (Allgemeine Verwaltung, Finanzen/Wirtschaft, Bau/Planung), mit jeweils drei bzw. zwei Abteilungen. In den Geschäftsgruppen war ein Geschäftsgruppenleiter eingesetzt, der gleichzeitig die Funktion eines Abteilungsleiters innehatte. Den weiteren Abteilungen standen je ein Abteilungsleiter vor. Einzelne Abteilungen wiesen entgegen der Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung 2002 eine geringere Anzahl als drei vollbeschäftigte Mitarbeiter auf.

Die Organisationsstruktur der Stadtverwaltung stellte sich folgendermaßen dar:



- 5.2. Nach Meinung des LRH ist die Aufbauorganisation mit 3 Geschäftsgruppen und 10 Abteilungen nicht optimal zur effizienten Leistungserbringung geeignet. Der LRH empfahl, ausgehend von den Anforderungen effizienter Prozessabläufe und einer Kostendämpfung in der Leistungserstellung die Organisationsstruktur zu überdenken und mittel- bis langfristig ohne Geschäftsgruppen auf 4 bis 5 Abteilungen abzuändern. Der LRH stellte fest, dass die Aufgabenverteilung größtenteils historisch gewachsen und vorwiegend nach personellen Gegebenheiten ausgerichtet war. Die Stadtverwaltung sollte aufgabenorientiert organisiert, nach Aufgabengruppen strukturiert und die Aufgabenbereiche den Bediensteten zugewiesen werden. Der LRH empfahl, dabei auf eine schlanke Verwaltung mit flachen Hierarchien Bedacht zu nehmen. Die Schnittstellen zwischen den einzelnen Abteilungen wären zu definieren. Außerdem sollte für die Kernverwaltung und den öffentlichen Einrichtungen ein strategisches und operatives Controlling aufgebaut werden. Die Fach- und Ressourcenverantwortung sollte möglichst bei den Ausführenden liegen. Für abteilungsübergreifende Aufgaben wären im Organigramm temporäre Projektstrukturen zu schaffen. Weiters ist überlegenswert, die interne Revision und die zentrale Verantwortung für gemeindeeigene Gebäude und Liegenschaften als eigenen Aufgabenbereich der Bauabteilung („Gebäudemanagement“) im Organigramm zu verankern.

Die hierarchische Organisation zeigte, dass die Führungsebenen durchwegs auch in wenig Wert schöpfende Entscheidungs- und Ausführungsprozesse und die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in eine ineffizient lange Bearbeitungskette eingebunden waren. Der LRH empfahl daher, Arbeitsprozesse zu optimieren und die Fach- und Ressourcenverantwortung zusammenzuführen. Er hielt auch das Delegieren der Unterfertigungsbefugnis für manche Schriftstücke an Führungskräfte und Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter und eine erweiterte Bestellbefugnis für überlegenswert. Die Übertragung dieser Verantwortungen sowie transparente Regelungen über Kompetenzen, Zuständigkeiten und Berechtigungen wären neu festzulegen. Dies bedarf auch eines auf Effizienz bedachten Berichts- und Informationssystems.

Sicherheitswache

- 6.1. Die Stadtpolizei Braunau verfügte 2008 nach Pensionierung eines Bediensteten über 12 voll besetzte Dienstposten. Die Aufgaben der städtischen Sicherheitswache sind gesetzlich geregelt. Der Stadtgemeinde wurden mittels Verordnung im wesentlichen die Agenden aus STVO, KFG, FSG und Kurzparkzonen-Überwachungsverordnung übertragen. Damit ist die städtische Polizei mit Ausnahme der kriminalpolizeilichen Agenden mit der Bundespolizei vergleichbar. Die Ausgaben für die städtische Sicherheitswache beliefen sich 2005 auf 602.000 Euro und stiegen bis 2007 auf 648.000 Euro. Den größten Anteil nahmen 2007 die Personalausgaben von 598.000 Euro ein. Vor allem die Einrichtung eines ständigen Nachtdienstes schlugen bei den Personalausgaben kostenerhöhend zu Buche.
- 6.2. Nach Meinung des LRH fällt die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung primär in den Aufgabenbereich der Bundespolizei. Er empfahl die Strukturen der städtischen Sicherheitswache zu überdenken und mittelfristig eine Kooperation mit der Bundespolizei anzustreben.

Organisations- und Qualitätsanalyse

- 7.1. Im Rahmen der CAF-orientierten Organisations- und Qualitätsanalyse wurden 9 Interviews mit dem Bürgermeister, den Führungskräften und einzelnen Schlüssel-arbeitskräften geführt. Der CAF basiert auf neun Themenfelder mit bestimmten Kriterien und Leistungsmerkmalen. Er ermöglicht öffentlichen Verwaltungen der Europäischen Union auf standardisierte und somit vergleichbare Weise Analysen und Selbstbe-wertungen des erreichten Modernisierungsstandes.
- 7.2. Der LRH erkannte in einzelnen Themenfeldern Verbesserungsbedarf und empfahl, die Stadtverwaltung nach den Qualitätskriterien des CAF auszurichten.

Führungsarbeit

- 8.1. Führungskräfte sollten ihr Engagement erkennen lassen. Sie müssen Interessensgruppe genau kennen und ein Gleichgewicht zwischen Bedarfen und politischen Vorgaben herstellen können. Die Geschäftsgruppenleiter leisteten in strategischen Bereichen zwar Führungsarbeiten, übernahmen aber auch operative Tätigkeiten von nach geord-neten Bediensteten. Auch die Abteilungsleiter vollzogen großteils qualifizierte Sachbe-arbeitertätigkeiten.
- 8.2. Der LRH anerkannte die Bemühungen des Bürgermeisters und der Führungskräfte um eine gute, engagierte und bürgerfreundliche Verwaltungsführung. In Ergänzung zur bis-herigen Führungsarbeit empfahl der LRH Folgendes:
 - Umsetzungsstrategien zur Verwaltungsmodernisierung und Prozessoptimierung entwickeln und festlegen.
 - Die Verwaltungsführung nach den Grundsätzen einer ziel- und wirkungs-orientierten Verwaltung ausbauen.
 - Führungskompetenzen durch Schulung der Führungskräfte in Verwaltungs-, Quali-täts- und Veränderungsmanagement sowie Mitarbeiterführung fördern.
 - Die Organisationskultur verändern. Information, Mitsprache und Kommunikation verbessern, mehr Eigenverantwortlichkeit an die Führungskräfte übertragen und neue Fehlerkultur entwickeln.

Strategie und Planung

- 9.1. Strategie und Planung müssen sich mit der internen Kultur, dem Aufbau und den Ge-schäftsabläufen einer Organisation auseinandersetzen. Strategie, Planung und Pro-zesse sollen fortwährend überwacht werden, um festzustellen, ob sie als Ganzes wech-selnden Rahmenbedingungen gerecht werden. Die Stadtgemeinde erarbeitete 1993 ein Leitbild, das als Handlungsrichtlinie für die grundsätzliche Gemeindeentwicklung diente. 2003 bekannte sich Braunau durch das Umweltleitbild zum Prinzip des Um-weltschutzes.
- 9.2. Der LRH hielt positiv fest, dass die Stadtgemeinde ihre Ziele nach dem Leitbild auch in infrastrukturellen Belangen erreichte (zB Sicherung der Rahmenbedingungen für Be-triebsansiedelungen und - Erweiterungen). In Hinblick auf die seit 1993 bereits umge-setzten Maßnahmen und den künftigen Zielen der Stadt (zB Innenstadtkonzept), wäre das Leitbild zu aktualisieren. Nach Meinung des LRH sollte auch für die Verwaltung ein

Leitbild mit mittel- und langfristigen Zielen unter Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickelt werden. In der Folge wären Strategien zur Umsetzung dieser Ziele festzulegen. Weiters sollten Strategie, Planung und Prozesse fortlaufend evaluiert werden.

Personalmanagement

- 10.1. Personalmanagement hinterfragt, wie die Organisation Wissen und Potential der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen fördert und wie sie diese Aktivitäten plant, damit sie Politik und Strategie der Organisation unterstützen. Für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden Stellenbeschreibungen erstellt und diese werden jeweils im Rahmen des Mitarbeitergespräches aktualisiert. Somit waren Stellenziele für sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter festgelegt. Für den Stadtdirektor, die Geschäftsgruppen- und Abteilungsleiter waren keine Koordinierungs- und Strategietätigkeiten definiert. Die Führungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besuchten 2005 bis 2007 nur wenige Fachausbildungen und keine persönlichkeitsbildende Seminare.
- 10.2. Der LRH wies darauf hin, dass die Stadtgemeinde zwar die Aus- und Fortbildung des Personals förderte, jedoch dabei einen sehr sparsamen Rahmen vorsah. Er sah im Personalmanagement folgende Verbesserungsmöglichkeiten:
 - In den Stellenbeschreibungen für Führungskräfte auch Koordinierungs- und Strategietätigkeiten verankern.
 - Strukturiertes Personalentwicklungs- und Weiterbildungskonzept auf Basis der Zielvereinbarungsgespräche durch die Amtsdirektion erstellen. Ausbildungsmaßnahmen sind bedarfsgerecht zu planen und von der Amtsdirektion anzubieten. Dazu ist eine Erhöhung des Budgets für Aus- und Fortbildung notwendig.

Externe Partnerschaften und Ressourcen

- 11.1. Das wesentliche Ziel, externe Partnerschaften und Ressourcen aufzubauen, besteht grundsätzlich darin, den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern, sich Handlungsressourcen auf Feldern zu erschließen, die mit eigenen Mitteln oder aus eigener Kraft nicht erreichbar wären. Braunau pflegte externe Partnerschaften u.a. durch die Mitgliedschaft beim RHV-Braunau und Umgebung, die Nutzung der Geothermie gemeinsam mit der Stadt Simbach (D) und den Gemeindeverband „Industriepark Braunau-Neukirchen“.
- 11.2. Der LRH hob die Kooperation „Industriepark Braunau-Neukirchen“ zur Erschließung und Vermarktung einer Industrieparkfläche von ca. 27 Hektar als wesentlichen Schritt im zukunftsorientierten Handeln der Stadt hervor. Er regte an, weitere Kooperationsmöglichkeiten mit Nachbargemeinden beim Standesamt, beim neu zu organisierenden Bauhof und beim Citybus zu prüfen.

Prozess- und Veränderungsmanagement

- 12.1. Prozess- und Veränderungsmanagement befähigt eine Organisation, ihre Prozesse zu verbessern und weiterzuentwickeln, um ihre Kunden und andere Interessensgruppen zufrieden zu stellen und einen Mehrwert für sie zu generieren. Das Prozessdenken war in der Stadtverwaltung verstärkt erkennbar,

aber noch wenig zur Prozessoptimierung genutzt. Auch gibt es in der Verwaltung noch keine Kosten- und Leistungsrechnung und das Vermögen ist noch nicht vollständig bewertet und erfasst.

- 12.2. Dem LRH ist bewusst, dass das Prozessdenken noch einer entsprechenden Entwicklung bedarf. Er hielt es für wichtig, das Denken in Leistungen (Outputs) und Wirkungen (Outcomes) in der strategischen Arbeit des gesamten Führungsteams zu erweitern. In der Folge sollte im Rahmen eines Produktkataloges begonnen werden, die Kernprozesse zur Erstellung der Produkte zu definieren und Kennzahlen zu entwickeln.

Bürgerorientierte Resultate

- 13.1. Für eine Verwaltung ist es bedeutsam, die Zufriedenheit ihrer Kunden im Hinblick auf Gesamteindruck der Organisation, Produkte und Dienstleistungen, Offenheit und Kundenorientierung zu messen. Eine auf die Gesamtorganisation abzielende Kundenbefragung erfolgte nicht. Allerdings gab es themenspezifische und projektbezogene Bürgerbefragungen bei welchen deren Bedarfe erhoben wurden. Beschwerden von Seiten der Bevölkerung wurde individuell und bürgerfreundlich nachgegangen.
- 13.2. Der LRH hielt die bisherige Einbindung der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse für bürger- und kundenorientiert. Er meinte, dass zusätzlich Bürgerbefragungen, die auf einen Gesamteindruck der Organisation schließen lassen, für die Organisationsentwicklung zielführend wären. Außerdem empfahl er im Sinne einer zentralen Bearbeitung von Beschwerden, ein strukturiertes, standardisiertes Beschwerdemanagement einzurichten.

Mitarbeiterzufriedenheit

- 14.1. Die Mitarbeiterzufriedenheit beeinflusst die Leistungsfähigkeit einer Organisation. Im Rahmen der Organisationsanalyse untersuchte der LRH mittels anonymer Fragebögen das Betriebsklima. Die ausgewerteten Ergebnisse der Fragen wurden dem Bürgermeister in der Schlussbesprechung übergeben. Die wesentlichen Ergebnisse, die auf einen Gesamteindruck schließen lassen sind in der Anlage 1 grafisch dargestellt. Diese sieben abgefragten inhaltlichen Bereiche wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie folgt eingeschätzt:
- Die **Beziehungen zwischen den Bediensteten** sind durchwegs gut. Nur wenige sind damit unzufrieden.
 - Die **Führung durch Vorgesetzte** wurde unterschiedlich erlebt. Etwa 37 % der Bediensteten beurteilten sie als sehr gut und gut. Ca. 32 % empfanden sie teils/teils. Die übrigen Bediensteten waren weniger bzw. nicht zufrieden, oder machten keine Angaben.
 - Die **Organisation** wurde von 38 % der Bediensteten als gut oder sehr gut eingeschätzt. Über 60 % sahen Verbesserungspotential in unterschiedlicher Ausprägung, indem sie die Organisation mit teils/teils oder mit weniger gut einschätzten.
 - Die **Information und Mitsprachemöglichkeiten** wurden größtenteils weniger gut und nicht gut eingeschätzt.
 - Die **Interessensvertretung** wurde sehr unterschiedlich angesehen.

- Mit den **betrieblichen Leistungen für das Personal** waren etwa zwei Drittel der Bediensteten zumindest zufrieden. Nur ein Drittel hielt diese für weniger gut bzw. nicht gut.
- 14.2. Der LRH merkte an, dass die Rücklaufquote der ausgegebenen Fragebögen mit 77,8 % etwas unter den bisherigen Erfahrungswerten lag, jedoch durchaus einen repräsentativen Wert darstellt.
- Der LRH empfahl, die Schwachpunkte zu bearbeiten und vor allem Information sowie Mitsprachemöglichkeiten zu verbessern. Er regte dazu Folgendes an:
- Transparenz zwischen den Tätigkeiten der einzelnen Arbeitsgruppen bzw. –Bereichen schaffen und Mitarbeiter über wichtige Vorgänge informieren.
 - Bei Planungen und Neuerungen vor allem jene Mitarbeiter beteiligen bzw. ausreichend informieren, welche die Auswirkungen zu tragen haben.
 - Den Mitarbeiter Mitsprachemöglichkeiten für Entscheidungen durch die Führungsebene so weit wie möglich anbieten.

Auswirkungen auf die Gesellschaft

- 15.1. Dieses Themenfeld beschäftigt sich mit der Frage, welche Ergebnisse die Organisation im Zusammenhang mit den Erwartungen und Bedürfnisse der Gemeinschaft erzielt. Es geht dabei auch um die Haltung der Organisation zu gesellschaftsrelevanten Fragen. Die Stadtgemeinde war bemüht, den Bedürfnissen der Bevölkerung im Sozial, Kultur-, Schul- sowie Freizeit- und Wirtschaftsbereich gerecht zu werden.
- 15.2. Der LRH anerkannte, dass durch das Handeln der Stadtgemeinde deutliche Impulse für die Zukunft in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen gesetzt wurden. Er hob insbesondere die guten Ergebnisse im Bereich von Betriebsansiedelungen- und Erweiterungen hervor.

Leistungsergebnisse der Organisation

- 16.1. In diesem Bereich geht es um gemessene Leistungen und Wirkungen der Organisation bei der Erreichung von Zielen. Die Leistungsergebnisse geben Aufschluss darüber, wie die Organisation funktioniert und wie effektiv und effizient sie ihre Ressourcen einsetzt. Es wurden vereinzelt Ergebnisse erarbeitet, die auf den Grad der Zielerreichung oder die Performance im Finanzbereich schließen ließen.
- 16.2. Nach Meinung des LRH sollte die Stadtgemeinde das Benchmarking verstärkt forcieren, ihre Leistungen auf nachvollziehbare Weise messen und mit anderen Leistungserbringern vergleichen.

Haushalts- und Finanzsituation

Haushaltsergebnisse

Gesamthaushalt

- 17.1. Die Haushaltsrechnung zeigte in den Jahren 2005 bis 2007 folgende Ergebnisse (Beträge in Tausend Euro):

Jahr	ordentlicher	außerordentlicher	Gesamthaushalt
	Haushalt		
2005	0,0	1.164,7	1.164,7
2006	0,0	-501,6	-501,6
2007	-403,9	322,9	-81,0

Im Jahr 2007 verblieb ein Fehlbetrag von 81.000 Euro. Er ergab sich aus dem Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt (o. H.) von 403.900 Euro und einem Überschuss im außerordentlichen Haushalt (ao. H.) von 322.900 Euro.

Im VA 2008 ist im o. H ein Fehlbetrag von 1,20 Mio. Euro und im ao. H. ein Überschuss von 113.000 Euro präliminiert.

- 17.2. Nach Ansicht des LRH kann für 2008 ein besseres Haushaltsergebnis erwartet werden, da Mehreinnahmen aus Ertragsanteilen von etwa 300.000 Euro und zusätzliche Erlöse aus Grundstücksveräußerungen von ca. 1,1 Mio. Euro noch nicht veranschlagt werden konnten.

Ordentlicher Haushalt

- 18.1. Bis 2006 konnte die Stadt ihren o. H. ausgleichen. 2007 schloss er erstmals mit einem Fehlbetrag von 403.900 Euro ab, weil u.a. eine einmalige Gewerbesteuerzurückzahlung und Steuerabschreibungen von zusammen 302.500 Euro zu Buche schlugen. Aufgrund des negativen Ergebnisses war es nicht mehr möglich, Anteilsbeträge zur Finanzierung von ao. Vorhaben bereitzustellen.
- 18.2. Der LRH wies darauf hin, dass der Haushaltsausgleich 2006 nur durch eine Rücklagenauflösung von 425.500 Euro möglich war. Auch 2007 profitierte der o. H. durch Rücklagentransaktionen per Saldo von 105.600 Euro. Nach Ansicht des LRH waren neben der Gewerbesteuerzurückzahlung und Steuerabschreibungen folgende Gründe für die Verschlechterung der Haushaltssituation verantwortlich:
- stark gestiegene laufende Transferzahlungen und höherer Verwaltungs- und Betriebsaufwand
 - vermehrte Finanzierung von Investitionen im o. H.
 - steigende Belastung aus dem Schuldendienst fremdfinanzierter Investitionen
 - die Einnahmenentwicklung blieb hinter der Ausgabenentwicklung.

Außerordentlicher Haushalt

- 19.1. Der ao. H. wies 2007 einen Sollüberschuss von 322.900 Euro aus. Dieser stammte hauptsächlich aus den außerplanmäßigen Bundeszuschüssen für das Bundesschulzentrum. Die Gebarungen der übrigen ao. Vorhaben wurden durch Zwischenfinanzierungen jeweils ausgeglichen dargestellt.
- 19.2. Der LRH regte an, zur Aufbringung der erforderlichen Eigenmittel die vom Strukturausschuss aufgezeigten Möglichkeiten für Strukturbereinigungen wie den Verkauf gemeindeeigener Wohnungen sowie Betriebs- und Baugrundstücken umzusetzen. Die daraus zu erzielenden Einnahmen wären nach Ansicht des LRH zur Ausfinanzierung laufender ao. Vorhaben und zur vorzeitigen Schuldentilgung zu verwenden, um den o. H. nachhaltig zu entlasten.

Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung

- 20.1. Der Rechnungsquerschnitt ist dem Begriffssystem des Europäischen Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 95) nachgebildet und stellt die wirtschaftlichen Sachverhalte durch gemeinsame Darstellung der ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben dar. Er dient der Ermittlung des Maastricht-Ergebnisses, wobei auch die mittelfristige Finanzplanung auf der Querschnittsrechnung aufbaut. Nachstehende Tabelle (Beträge in Tausend Euro) zeigt die Rechnungsquerschnitte der Stadt in verdichteter Form. Die Details dazu sind der Anlage 2 zu entnehmen und werden unter Pkt. 21 bis 24 des Gutachtens näher beleuchtet.

KZ	Bezeichnung	2005	2006	2007	06/07
		Summe o. + ao. H.			in %
	Laufende Gebarung				
19	Einnahmen	34.712,2	34.184,6	37.070,6	8,4%
29	Ausgaben	30.732,5	30.909,1	33.939,7	9,8%
91	<i>Saldo 1: Ergebnis der laufenden Gebarung</i>	3.979,6	3.275,4	3.130,8	-4,4%
	Vermögensgebarung				
39	Einnahmen	4.194,8	5.175,4	7.737,9	49,5%
49	Ausgaben	15.862,8	8.118,6	10.242,0	26,2%
92	<i>Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen</i>	-11.668,0	-2.943,2	-2.504,2	14,9%
	Saldo 1 und Saldo 2	-7.688,4	332,3	626,7	88,6%
	Finanztransaktionen				
59	Einnahmen	12.406,9	5.585,7	4.084,1	-26,9%
69	Ausgaben	3.650,6	7.584,3	4.290,2	-43,4%
93	<i>Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen</i>	8.756,4	-1.998,6	-206,1	89,7%
94	<i>Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnung o/aoH. u. ohne Abwicklungen</i>	1.068,0	-1.666,3	420,6	125,2%
82 - 86	Abwicklung Sollergebnis Vorjahre	96,7	1.164,7	-501,6	-143,1%
99	Administratives Jahresergebnis	1.164,7	-501,6	-81,0	-83,9%

20.2. Der LRH stellte im Vergleich Folgendes fest:

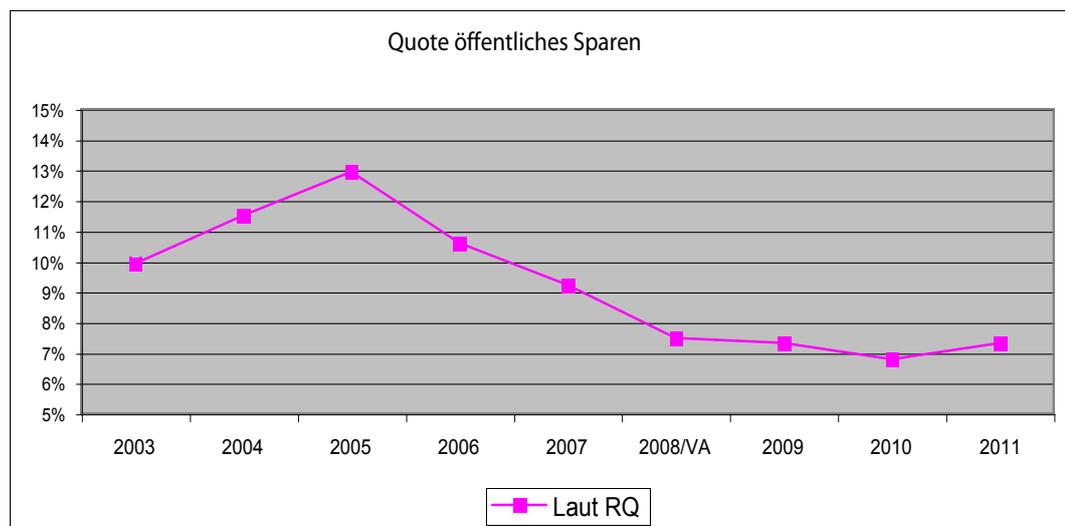
- Das positive Ergebnis der laufenden Gebarung (Saldo 1 des RQ) verschlechterte sich seit 2005 von 3,98 Mio. Euro auf 3,13 Mio. Euro.
- Die Vermögensgebarung war in den letzten Jahren durch das vorfinanzierte Bundesbauvorhaben geprägt. Dadurch schwankten die Investitionsausgaben jährlich zwischen 8,12 Mio. Euro und 15,87 Mio. Euro. Die Investitionsquote sank von 32,8 % im Jahr 2005 auf 11,1 % im Jahr 2007. Die hohe Quote 2005 war auf das Bundes-schulzentrum zurückzuführen.
- Während der Finanzierungsbedarf der Vermögensgebarung (Saldo 2) in den Jahren 2006 und 2007 aus den Überschüssen der laufenden Gebarung bedeckt werden konnte, war dies im Jahr 2005 nicht möglich.

- Die Ausgaben und Einnahmen der Finanztransaktionen betrafen die Rücklagen, die von der Stadtgemeinde gewährten Darlehen und die Aufnahme und Rückzahlung von Finanzschulden.
- Das Jahresergebnis (Saldo 4) ohne Verrechnung zwischen o. H. und ao. H. und ohne Abwicklungen war 2005 mit 1,07 Mio. Euro positiv und 2006 mit 1,70 Mio. Euro negativ. Im Jahr 2007 verblieb ein positiver Saldo von 420.600 Euro. Durch die Übernahme der Vorjahresergebnisse ergab sich 2006 und 2007 jeweils ein negatives Gesamtergebnis von 501.600 Euro bzw. 81.000 Euro.

Laufende Gebarung

Öffentliches Sparen

- 21.1. Das öffentliche Sparen zeigt sich im Ergebnis der laufenden Gebarung, das seit 2005 um 848.800 Euro auf 3,13 Mio. Euro sank. Die daraus ableitbare öffentliche Sparquote² schwankte im Zeitraum 2005 bis 2007 zwischen 13,0 % und 9,2 %. Nach den Einschätzungen des MFP wird sie sich zwischen 7,5 % und 6,8 % einpendeln.



- 21.2. Der LRH stellte fest, dass die Sparquote von 2003 bis 2005 leicht anstieg. Seither ist die Tendenz wieder fallend, obwohl sich die Stadt um eine wirtschaftliche Gebarungsführung bemühte.

Einnahmenseitig war der Rückgang der Sparquote seit 2005 auf Folgendes zurückzuführen:

² Die Quote öffentlichen Sparens wird berechnet: Öffentliches Sparen (KZ 91)/laufende Ausgaben (KZ 29)*100. Je höher die öffentliche Sparquote ist, desto mehr Mittel stehen für die Finanzierung von Ausgaben der Vermögensgebarung und der Rückzahlung von Schulden zur Verfügung.

- Die eigenen Steuern (KZ 10) stiegen 2006 um 430.400 Euro und sanken 2007 um 99.400 Euro auf 9,63 Mio. Euro. Die Mehreinnahmen 2006 waren durch Interessenleistungen und einer Getränkesteuernachzahlung begründet.
- Die Ertragsanteile stiegen in den letzten drei Jahren von 10,30 auf 11,41 Mio. Euro (KZ 11).
- Die Benützungsgebühren (KZ 12) erhöhten sich insgesamt um 435.700 Euro auf 5,35 Mio. Euro. Sie betrafen zu 52 % die ABA, zu 20 % die WVA und zu 28 % die Abfallbeseitigung.

Ausgabenseitig ist festzuhalten:

- Bezüglich Leistungen für das Personal (KZ 20) wird auf Pkt. 3.1. verwiesen.
- Der Verwaltungs- und Betriebsaufwand (KZ 24) stieg vor allem 2007 um 613.600 Euro an. Die Ursachen lagen insbesondere in der einmaligen Gewerbesteuerzurückzahlung und den Ausgaben für die Kanaluntersuchung sowie den höheren Ausgaben für Energie und Zinsen.
- Die LTZ an Träger des öffentlichen Rechts (KZ 26) stiegen 2006 um 1,02 Mio. Euro und erhöhten sich 2007 um weitere 684.700 auf 11,29 Mio. Euro. Die Mehrausgaben von 1,70 Mio. Euro wurden zu 46 % durch die SHV-Umlage, zu 23 % durch die Krankenanstaltenbeiträge, zu 21 % durch die Pensionsbeiträge und zu 10 % durch die Landesumlage verursacht.

Freie Finanzspitze

- 22.1. Die aus dem öffentlichen Sparen ableitbare freie Finanzspitze ist eine Kennzahl für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Gemeindehaushaltes. 1,22 Mio. Euro betrug sie 2005, 458.600 Euro 2006 und 449.100 Euro 2007. Nach dem MFP wird für die Folgejahre eine negative Budgetspitze erwartet.
- 22.2. Der LRH stellte fest, dass sich der finanzielle Spielraum seit 2006 wesentlich verschlechterte. Die prognostizierten negativen Werte lassen keinen Spielraum für die Finanzierung künftiger Investitionen zu.

Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)

- 23.1. Die Einnahmen 2005 von 4,19 Mio. Euro erhöhten sich 2006 um 980.600 Euro und 2007 um 2,56 Mio. Euro auf 7,74 Mio. Euro. Der Einnahmewachstum 2006 war in erster Linie auf Liegenschaftsverkäufe und jener 2007 auf KTZ des Bundes zurückzuführen.
Die Ausgaben der Vermögensgebarung 2005 von 15,86 Mio. Euro sanken 2006 auf 8,12 Mio. Euro und stiegen 2007 wieder auf 10,24 Mio. Euro.
- 23.2. Der LRH stellte fest, dass der Finanzierungsbedarf für die Vermögensgebarung in den Jahren 2006 und 2007 aus dem Überschuss der laufenden Gebarung ohne weiteres abgedeckt werden konnte. Im Jahr 2005 war dies durch die hohen Investitionsausgaben für das Bundesschulzentrum nicht möglich.

Finanztransaktionen

24.1. Die Einnahmen gingen aufgrund hoher Darlehensaufnahmen für das Bundesschulzentrum 2005 von 12,41 Mio. Euro auf 4,08 Mio. Euro stark zurück. Die Rücklagenentnahmen von 397.500 Euro im Jahr 2005 erhöhten sich in den Folgejahren auf 1,92 Mio. Euro bzw. 949.100 Euro.

Die Ausgaben 2005 von 3,65 Mio. Euro erhöhten sich 2006 ohne die aus Maastricht-Gründen dargestellten Investitions- und Tilgungszuschüsse um 2,72 Mio. Euro und sanken 2007 um 2,08 Mio. Euro. Diese Schwankungen resultierten aus unterschiedlich hohen Darlehenstilgungen und Rücklagenbildungen.

24.2. Der LRH stellte fest, dass 2006 und 2007 die Darlehenstilgungen höher waren als die Darlehensaufnahmen, wodurch sich bei den Finanztransaktionen ein negatives Ergebnis (Saldo 3) ergab.

Mittelfristige Finanzplanung 2008 - 2011

25.1. Die mittelfristige Finanzplanung (MFP) enthält die Berechnung der Budgetspitze, die Entwicklung des Maastricht-Ergebnisses und den Investitionsplan. Für die Jahre 2008 bis 2010 sind negative Budgetspitzen prognostiziert, erst 2011 kann wieder ein positives Ergebnis erwartet werden. Der Investitionsplan umfasst ein Ausgabenvolumen von 35,10 Mio. Euro, wovon 23,64 Mio. Euro auf Investitionen und 11,46 Mio. Euro

auf Vor- und Zwischenfinanzierungen sowie weiterzuleitende Fördermittel entfielen. Von den Investitionen betrafen 7,47 Mio. Euro das Hallenbad, 8,57 Mio. Euro den Kanalbau und 3,20 Mio. Euro den Straßenbau.

25.2. Der LRH merkte an, dass aufgrund der negativen Budgetspitzen die geplanten Investitionen vor allem über Zuschuss- und Fremdmittel und nur durch geringe Vermögensveräußerungen finanziert werden.

Verschuldung

Darlehen und sonstige Finanzverbindlichkeiten

26.1. Der Stand an Darlehen (Verschuldung im engeren Sinn) erhöhte sich 2005 auf 41,55 Mio. Euro und ging bis 2007 auf 37,83 Mio. Euro zurück. Davon betrafen 10,72 Mio. Euro Darlehen, deren Schuldendienst zu 100% ersetzt wird und den Haushalt nicht belasteten (Bundesschulzentrum und Wirtschaftsförderungsdarlehen). 21,35 Mio. Euro entfielen auf Darlehen, deren Schuldendienst durch Gebühren bedeckt wird und 5,76 Mio. Euro sind Schulden, deren Schuldendienst aus allgemeinen Deckungsmitteln zu tragen ist, wie zB Darlehen für Straßenbau, Freibad und Kultureinrichtungen.

26.2. Der LRH beurteilte die Verschuldung im engeren Sinn (Finanzschulden) als hoch.

- 27.1. Für die Verschuldung im weiteren Sinn sind „kredit- oder darlehensähnliche“ Verbindlichkeiten wie Leasingverpflichtungen, Annuitätenbeiträge an andere Rechtsträger und Kassenkredite maßgeblich. Darüber hinaus sind auch die Finanzschulden der ausgegliederten Gesellschaften (Elektro-Team Stadtwerke Braunau GmbH, Verein zur Förderung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Braunau & CO KG) sowie jene des Gemeindeverbandes Industriepark Braunau – Neukirchen) von Bedeutung. Die aus der Sanierung der Dr. Schärf-Schulen und dem Ankauf von Fahrzeugen stammenden Leasingverpflichtungen beliefen sich Ende 2007 auf 2,62 Mio. Euro. Die übernommenen Haftungen beliefen sich Ende 2007 auf 12,3 Mio. Euro. Davon entfielen 860.000 Euro auf die beiden Gesellschaften der Geothermie, 1,25 Mio. Euro auf die Stadtwerke, 1,2 Mio. Euro auf den Gemeindeverband „Industriepark“ und 9,0 Mio. Euro auf die KG. Nach den buchmäßigen Aufzeichnungen betragen die tatsächlichen Darlehensverbindlichkeiten aus diesen Haftungen 9,43 Mio. Euro (ohne Geothermie).
- 27.2. Der LRH hielt fest, dass sich die ausgelagerten Schulden einschließlich der Leasingverpflichtungen auf 12,05 Mio. Euro beliefen. Dadurch erhöhte sich der gesamte Schuldenstand inkl. Leasing und Verbindlichkeiten in ausgelagerten Bereichen (Verschuldung im weiteren Sinn) 2007 bereits auf 49,88 Mio. Euro, wovon aber ein Großteil dieser Schulden aus eigenen Einnahmen (Gebühren, Bundeszuschüsse) ohne Belastung des Haushaltes zurückbezahlt werden kann.
- 28.1. Der Netto-Schuldendienst ist in den letzten drei Jahren um 245.500 Euro auf 2,96 Mio. Euro gestiegen. Da 2005 für die Zwischenfinanzierung Bundesschulzentrum einmalige Zinsen von 93.700 Euro zu leisten waren, belief sich die Ausgabenerhöhung 2007 für die Gemeinde belastenden Darlehen auf 339.200 Euro.
- 28.2. Der LRH stellte fest, dass diese Mehrbelastung u.a. durch das gestiegene Zinsniveau verursacht wurde.

Rücklagen

- 29.1. Der Stand an Rücklagen sank 2004 bis 2007 um 1,47 Mio. Euro auf 684.200 Euro. Er betraf ausschließlich die Abfallrücklage und sollte lt. VA 2008 mit 526.000 Euro für den Neubau Recyclinghof/ASZ verwendet werden. Im RA 2007 schien nur ein Rücklagenstand von 58.200 Euro auf, da 626.000 Euro zur Zwischenfinanzierung für Straßenbau, Grundstücksankauf, Containerstation sowie als inneres Darlehen zur Freibadsanierung verwendet wurden. Die seit 1994 mit 3,33 Mio. Euro dotierte Abfallrücklage wurde bis 2004 veranlagt bzw. gegen interne Zinsenverrechnung für die Zwischenfinanzierung diverser ao. Vorhaben verwendet. Insgesamt konnten daraus 220.500 Euro der Rücklage zugeführt werden. Die 2005 gebildete Haushaltsrücklage von 628.300 Euro wurde 2006 mit 483.700 Euro und 2007 mit 144.600 Euro zugunsten des o. H. wieder aufgelöst.
- 29.2. Der LRH begrüßte die bisherige Verwendung der Rücklagen zur Zwischenfinanzierung. Falls die 2008 geplante Verwendung der Rücklagen realisiert wird, müssen entsprechend hohe liquide Mittel beschafft werden.

Strukturelle Einsparungsüberlegungen der Stadt

Der Struktur- und Finanzausschuss hat zur Konsolidierung des Haushaltes 2007 folgende Maßnahmen angedacht:

Feuerwehrwesen

- 30.1. Die Stadtgemeinde verfügt über vier Freiwillige Feuerwehren (Braunau Stadt, Ranshofen, Haselbach und Aching). Im Investitionsplan sind bis 2011 für den Neubau des Feuerwehrdepots Ranshofen, 450.000 Euro vorgesehen. Des Weiteren wird im Vorschauerbericht zum Investitionsplan neben zahlreichen anderen Vorhaben die Errichtung von Depots für die FF Haselbach und FF Aching genannt. Vom Strukturausschuss wurde überlegt, Kooperationen zwischen den FF Aching, FF Haselbach und der Stadtfeuerwehr zu forcieren, und zwar bei der Nutzung von Depoträumlichkeiten und beim Maschineneinsatz.
- 30.2. Der LRH empfahl, die Möglichkeiten von Kooperationen im Feuerwehrbereich vertieft zu prüfen und dadurch den künftigen Bau- und Investitionsaufwand zu reduzieren.

Gemeindewohnhaus Linzerstraße 36

- 31.1. Aufgrund der zu erwartenden hohen Instandhaltungsmaßnahmen wurde in Erwägung gezogen, das Objekt zu veräußern. Im Gemeindewohnhaus befinden sich noch sechs Wohnungen und der Pensionistenverein.
- 31.2. Der LRH hielt die Verkaufsüberlegungen für zweckmäßig und empfahl, ehestens ein Gutachten über den Verkehrswert der Liegenschaft einzuholen.

Gemeindewohnungen

- 32.1. Die Stadt ist Eigentümerin von 66 Wohn- und Geschäftsgebäuden mit ca. 300 Wohnungen. Der Verkauf der Wohnungen wurde 2007 beschränkt ausgeschrieben und eine gemeinnützige Wohnungsgesellschaft als Bestbieter ermittelt. Diese teilte mit Schreiben vom 6.3.2008 der Stadtgemeinde mit, das Kaufangebot unter Anführung mehrerer Varianten nachzubessern. Bei der letzten besseren Variante entspricht dies abzüglich der Sanierungsdarlehen von zusammen 157.000 Euro einem Kaufangebot von ca. 3 Mio. Euro.
- 32.2. Der LRH sah im eingeleiteten Verkaufsprozess eine wirksame Möglichkeit, die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern. Dies setzt jedoch voraus, dass die Veräußerungserlöse nicht für neue Investitionen mit Folgekosten, sondern für Entlastungseffekte im Haushalt (zB Schuldentilgung, Schließen von Finanzierungslücken) verwendet werden.

Betriebsbaugebiet in Ranshofen

- 33.1. Braunau verfügt im Anschluss an die Firma AMAG über ein Grundstück mit 27 ha, welches als Zukunftsprojekt für ein Betriebsbaugebiet verwendet wird. Die Erschließung und Vermarktung des Betriebsbaugebietes wird über den Gemeindeverband „Industriepark Braunau-Neukirchen“ abgewickelt.

Ca. 7 ha werden für die Aufschließung benötigt, sodass für einen Verkauf ca. 20 ha zur Verfügung stehen. 2008 können voraussichtlich ca. 35.000 m² Grundfläche verkauft werden, wodurch die Stadt Einnahmen von 850.000 Euro erwartet, die erst im NVA 2008 zu präliminieren sind. Der Gesamterlös ist für die Rückzahlung der Zwischenfinanzierung eines Grundkaufes (192.000 Euro) und der Gemeindestraßen (280.000 Euro) sowie als Ersatz für Darlehensfinanzierungen ao. Vorhaben geplant.

- 33.2. Der LRH sah in der Erschließung und Vermarktung der Industrieparkfläche einen wesentlichen Schritt beim wirtschaftlichen und zukunftsorientierten Handeln der Stadt.

Reithalle, Alte Papiermühle und Baugründe

- 34.1. Die von einem Herzogsgeschlecht stammende Liegenschaft („Kainzgut“) ist seit Jahrzehnten im Eigentum der Stadt und wird als Reitanlage mit Reithallen in Form einer Bittleihe verpachtet. Mit dem Verkauf wurde ein Makler beauftragt, welcher einen Schätzwert von 408.000 Euro auspreist. Der Verkauf gestaltet sich allerdings schwierig, weil die Stallungen, in denen Wohnungen geschaffen werden sollen, denkmalgeschützt sind.

Die am Stadtrand liegende „Alte Papiermühle“ ist teilweise denkmalgeschützt und soll ebenfalls verkauft werden. Weiters werden zwei Baugrundstücke (Quellenweg und Burgfriedfeldstraße) zum Verkauf angeboten, wofür ein Erlös von zumindest 140.000 Euro erwartet wird.

- 34.2. Der LRH steht dem Verkauf nicht benötigter Liegenschaften offen gegenüber. Beim Verkauf von Gemeindevermögen dürfen aber die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit nicht außer Acht gelassen werden.

Pensionistenklubs

- 35.1. Braunau betreibt in den Ortsteilen Stadt, Ranshofen, Haselbach, Laab, Neustadt und Kranewittweg Pensionistenklubs. 2007 verursachten diese einen Fehlbetrag von 58.000 Euro. Es ist beabsichtigt, die letzten drei Genannten nach Ausscheiden der Betreuerinnen zu schließen. Pro geschlossen Klub kann eine jährliche Einsparung zwischen 5.300 Euro bis 6.100 Euro erwartet werden. Nach Mitteilung der Stadt soll Ende August 2008 jener in Laab bereits geschlossen werden.
- 35.2. Nach Ansicht des LRH ist die angedachte Strukturbereinigung notwendig und sollte ehestens umgesetzt werden.

Entwicklung der Volksschulen

- 36.1. Durch die sinkenden Schülerzahlen ergaben sich in den Volksschulen I, II und Laab freie Raumkapazitäten. Bei Änderung der Schulstruktur könnten mittelfristig Räumlichkeiten frei gemacht werden, die als Ersatz für sanierungsbedürftige Räume des polytechnischen Lehrganges benötigt werden.
- 36.2. Der LRH empfahl der Stadt, aufgrund der sinkenden Schülerzahlen auf eine optimale Schulraumnutzung im Pflichtschulbereich zu achten.

Förderungen und andere freiwillige Leistungen

- 37.1. Die Förderungen und andere freiwillige Leistungen für Kultur, Sport und Soziales basierten auf Gemeinderatsbeschlüssen. Für Wirtschafts- und Umweltförderungen gab es eigene Richtlinien. Für die Förderung von Kultur, Sport und Soziales wurden keine Ziele definiert und daher auch keine Wirkungen gemessen.
- Die Förderausgaben und andere freiwillige Leistungen (ohne Sachzwang) betrugen einschließlich Doppelförderungen 2006 noch 316.000 Euro und verminderten sich 2007 auf 298.000 Euro. Das entsprach einem Förderbetrag von 18,4 Euro bzw. 17,4 Euro pro Einwohner. In Relation zu den laufenden Ausgaben (KZ 29) nahmen die monetären Förderungen 2007 einen Anteil von 0,7 % ein.
- Die Stadtgemeinde gewährte unter anderem auch Zuschüsse für den vom Land geförderten Einbau von Solaranlagen und Alternativheizungen.
- 37.2. Der LRH stellte fest, dass die errechneten monetären Förderausgaben dem empfohlenen Richtsatz des Landes um die Doppelförderungen überstiegen. Mehrfachförderungen durch verschiedene Gebietskörperschaften für den Bau von Solaranlagen und Alternativheizungen wären daher kritisch zu hinterfragen, um Ausgaben von jährlich 24.000 Euro einsparen zu können.
- Um das Förderbudget besser planen, steuern und kontrollieren zu können, empfahl der LRH, grundsätzlich für alle Fördermaßnahmen Ziele zu definieren. Sie sollten in Hinkunft evaluiert und kritisch auf ihren Bedarf hin geprüft werden. Für die Fördermaßnahmen im Kultur-, Sport- und Sozialbereich empfahl der LRH, entsprechende Richtlinien zu erarbeiten.

Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen

Auswirkungen auf den Haushalt

- 38.1. Die in der Anlage 3 zusammengefassten Einrichtungen verursachten 2007 Betriebsabgänge von zusammen 2,39 Mio. Euro. Diesen standen Betriebsüberschüsse von 1,39 Mio. Euro gegenüber, sodass 1 Mio. Euro aus allgemeinen Deckungsmitteln aufzuwenden waren. Dieser Zuschussbedarf war um 18,8 % geringer als im Vorjahr.
- 38.2. Der LRH stellte fest, dass von den gesamten Betriebsabgängen allein 835.000 Euro bzw. 35 % auf Hallen- und Freibad, 713.000 Euro bzw. 29,9 % auf Kinderbetreuungseinrichtungen und 18 % bzw. 437.000 Euro auf den Citybus entfielen.

Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung

- 39.1. Braunau ist Mitglied des RHV Braunau und Umgebung. Der Betrieb der Abwasserbeseitigung erwirtschaftete 2007 einen Überschuss von 557.000 Euro und jener der Wasserversorgung einen von 661.000 Euro.
- 39.2. Der LRH stellte fest, dass 2007 und 2008 die Anschlussgebühren der Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung den Mindestgebühren des Landes entsprachen. Die Kanalbenützung- und Wasserbezugsgebühren wurden um die für Abgangsgemeinden geforderten 20 Cent über den Mindest-

sätzen des Landes eingehoben. Der LRH merkte an, dass dadurch bei der Wasserbezugsgebühr die rechtliche Obergrenze für die Kostendeckung beinahe erreicht wurde.

Parkraumbewirtschaftung

- 40.1. Die Einnahmen aus Parkgebühren von 319 gebührenpflichtigen Parkplätzen (Kurzparkzonen) stellten 2007 mit 443.500 Euro die drittgrößte Einnahmenart bei den Gemeindeabgaben dar. Die Parkgebühr wurde 2004 auf 50 Cent je angefangene halbe Stunde erhöht. Sämtliche gebührenpflichtigen Parkplätze sind von 12 bis 14 Uhr gebührenfrei. Im Umkreis von bis zu ca. 300 Meter vom Stadtplatz sind weitere 348 Parkplätze vorhanden, welche gebührenfrei sind. Davon befinden sich 236 im innerstädtischen Bereich. Derzeit werden in ca. 1 km Entfernung die 329 gebührenfreien Parkplätze auf der „Festwiese“ um 100 Parkplätze erweitert. Zur Zeit ist ein „Innerstädtisches Wirtschaftskonzept inkl. Parkplatzkonzept“ und eine Machbarkeitsstudie über die Errichtung einer Tiefgarage im Stadtzentrum in Bearbeitung.
- 40.2. Der LRH empfahl, vorrangig eine Gebührenpflicht für die 236 gebührenfreien Parkplätze im innerstädtischen Bereich zu überlegen und allenfalls auch über eine Erhöhung der seit 2004 unveränderten Parkgebühren nachzudenken. Er beurteilte die zwei-stündige Gebührenbefreiung als großzügig. Der LRH sah die Ausarbeitung eines „Innerstädtischen Wirtschaftskonzeptes“ als Gelegenheit zur Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Parkraumbewirtschaftung. Hierbei sollte neben einer Einnahmoptimierung auch auf eine Effizienzsteigerung beim Citybus durch eine bedarfs-gerechte Anpassung der Fahrtroute Bedacht genommen werden. Der LRH erwartete sich bei Umsetzung seiner Empfehlungen nach einmaligen Investitionen, jährliche Mehreinnahmen von bis zu 300.000 Euro.

Citybus

- 41.1. Der Citybus wird im Auftrag der Stadt von der ÖBB-Postbus GmbH betrieben und befördert jährlich 195.000 Fahrgäste. Durch das Verkehrsnetz wird beinahe das gesamte Gemeindegebiet erschlossen. Die Vereinbarung mit der ÖBB-Postbus GmbH läuft Ende 2008 ab. Der Betrieb verursachte jährlich Abgänge, die sich 2007 auf 437.000 Euro erhöhten. Um diese zu reduzieren und das Angebot für die Fahrgäste zu optimieren, soll der Citybus ab 2009 in den OÖVV integriert und in das Verkehrskonzept „Regionalverkehr Innviertel“ eingebunden werden. Dazu ließ die Stadt eine Studie zur Optimierung des Betriebes erstellen und holte ein Angebot über ein Umsetzungskonzept mit Anbindung der Gemeinden St. Peter am Hart und Simbach (D) ein.
- 41.2. Der LRH anerkannte, dass Braunau mit der vorliegenden Studie und einer beabsichtigten Vertragsverlängerung bis Ende 2009 die Grundlagen für die Integration des Citybus in den OÖVV ab 1.1.2009 schuf. Er bemerkte, dass sich durch die Aufnahme im OÖVV, die Landesförderung von bisher jährlich 17 % (ca. 70.000 Euro) auf bis zu 50 % erhöhen würde. Durch höhere Förderungen und Umsetzung der Optimierungsvorschläge insbesondere zur Erhöhung der rückläufigen Fahrgastzahlen, kann der Haushalt entlastet werden. Vor einer Citybusanbindung der Gemeinden St. Peter am Hart und Simbach (D) sind nach Ansicht des LRH die finanziellen Auswirkungen für Braunau zu prüfen.

Kinderbetreuungseinrichtungen

- 42.1. Die Stadtgemeinde betreibt sechs Kindergärten mit 20 Gruppen und einen Schülerhort mit drei Gruppen. Zur Bedeckung des Gesamtabganges aller Kindergärten inkl. der Förderung von Fahrgemeinschaften für den Transport der Kindergartenkinder musste 2007 die Stadtgemeinde 663.000 Euro aufwenden. Der Schülerhort verursachte einen Fehlbetrag von 50.000 Euro. Die Elternbeiträge wurden nach den ab September 2007 geltenden Rechtsgrundlagen eingehoben.
- Die Auslastung im Vergleich zum Angebot an Kindergartenplätzen (unter Berücksichtigung von Integrationskindern) lag zum März 2007 bei sämtlichen Kindergartengruppen bei durchschnittlich 92 % und erhöhte sich zum März 2008 auf beinahe 95 %. Auch der Hort war zu 82 % bzw. 89 % ausgelastet. Die Leiterinnen der Kindergärten und des Hortes waren nicht gemäß den zu führenden Gruppen stundenmäßig aliquot freigestellt.
- 42.2. Der LRH stellte fest, dass die Elternbeiträge im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten beim Mindest- und Höchstsatz sowie beim Gastbeitrag großteils optimiert wurden. Der LRH beurteilte den Personaleinsatz unter Berücksichtigung der zu betreuenden Integrationskinder und des je nach Kindergarten bis zu 55 % hohen Anteiles an Kindern mit nicht deutscher Erstsprache als effizient. Er fügte hinzu, dass die anfallenden Agenden wegen den nicht frei gestellten Leiterinnen der Kindergärten und des Hortes sowie die Koordination aller sieben Kinderbetreuungseinrichtungen von der Abteilung Soziales übernommen wurden, wodurch die Effizienz verstärkt wurde.

Freibad und Hallenbad

- 43.1. Der Betrieb des Freibades verursachte 2005 bis 2007 einen durchschnittlichen Betriebsfehlbetrag von 395.000 Euro, weil Annuitäten von jährlich 260.000 Euro zu leisten waren. Der Betrieb des sanierungsbedürftigen Hallenbades führte jährlich zu einem Fehlbetrag von durchschnittlich 400.000 Euro.
- 43.2. Der LRH wies darauf hin, dass im Vergleich mit den Badetarifen ähnlich großer Freibadeanlagen ein Spielraum zur Erhöhung einzelner Tarife um jedenfalls 10 % gegeben ist. Dadurch könnten jährliche Mehreinnahmen von bis zu 15.000 Euro erwartet werden. Nach erfolgter Generalsanierung sollten auch die Hallenbadtarife entsprechend angepasst werden. Zur Verringerung der Betriebskosten sollte auch ein Einkaufspool für Desinfektions- und Reinigungsmittel mit anderen Bäderbetreibern überlegt werden.

Bauhof, Wasserwerk, Gärtnerei

- 44.1. Bei den städtischen Betrieben Bauhof, Wasserwerk und Gärtnerei erfolgte 2006 mit Unterstützung eines Beratungsunternehmens eine Organisationsanalyse. Diese ergab, dass die Betriebe autonom organisiert sind und eine betriebsübergreifende zentrale Steuerung nur beschränkt erfolgte. Synergien wurden bei einer künftigen örtlichen Zusammenlegung des Bauhofes und der entfernt gelegenen Gärtnerei auf einen gemeinsamen Standort beim Bauhof gesehen.

- 44.2. Der LRH beurteilte die Organisationsanalyse als Grundlage zur notwendigen Modernisierung der Leistungserbringung durch die städtischen Betriebe. Er anerkannte, dass bereits wesentliche Vorschläge in Angriff genommen wurden, wie die Installierung eines zentralen Betriebsleiters für die betriebsübergreifende Koordination und betriebswirtschaftliche Steuerung. Er sah darin auch die Voraussetzung zum kritischen Hinterfragen der Notwendigkeit, des Umfangs und der Effizienz des Leistungskataloges, insbesondere bei der Stadtgärtnerei. Er fügte hinzu, dass Aufgabenkritik und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen sowie Maßnahmen beim Personalstand und Fuhrpark noch vor der Entscheidung über die Verlegung der Gärtnerei zum Standort des Bauhofes erfolgen sollten. Er wies darauf hin, dass wegen der fehlenden Kostenrechnung die bisherigen Kostenvergleiche mit der Wirtschaft nur bedingte Aussagekraft hatten. Der LRH empfahl, die Arbeitsprozesse an Hand von Benchmarks zu analysieren. Durch den betriebsübergreifenden Betriebsleiter wurde es auch möglich in Hinkunft im Bauhofbereich verstärkt mit Nachbargemeinden zu kooperieren. Der LRH empfahl ferner zu prüfen, ob auch andere Einrichtungen, die handwerkliche Leistungen erbringen, wie die Betreuung von Schulen, Kindergärten und Freizeiteinrichtungen in die Organisationsanalyse eingebunden werden können. Der LRH erwartet sich nach Umsetzung der in der Organisationsanalyse aufgezeigten Maßnahmen ein Einsparungspotential beim Personal-, Fuhrpark- und Geräteeinsatz.

Stadttheater

- 45.1. Das Stadttheater verwalten zwei teilzeitbeschäftigte Bedienstete (0,7 PE). Es erwirtschaftet in den letzten drei Jahren Abgänge zwischen 30.000 Euro und 42.000 Euro, woran Annuitäten von 12.500 Euro beteiligt waren. Der für 224 Besucher ausgelegte Saal und das Foyer inkl. Küche wurden vermietet. Die Veranstaltungssaison dauert von März bis Schulende und von Schulanfang bis Dezember und umfasst ca. 236 mögliche Veranstaltungstage. Die Einnahmen sind rückläufig. In Anbetracht der wirtschaftlichen Situation wurde vom Struktur- und Finanzausschuss ein Abverkauf bzw. eine generelle Vermietung des Stadttheaters überlegt.
- 45.2. Der LRH stellte fest, dass in Braunau ausreichend Einrichtungen (Bezirkssporthalle, Veranstaltungszentrum, Kulturzentrum „GUGG“) für Veranstaltungen vorhanden sind und daher der Bedarf für das Stadttheater nicht mehr in dem Ausmaß wie früher gegeben ist. Daher empfahl der LRH, dieses Gebäude zu veräußern bzw. an einen Verein zu vermieten.

Elektroteam Stadtwerke Braunau GmbH

- 46.1. Der ausgegliederte Betrieb der Stadtwerke ist im gemeindeeigenen Neubau am Erlachweg eingemietet. Für den Neubau waren Ende 2007 noch 876.900 Euro an Schulden offen. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen, brachte die Ausgliederung jedoch nicht den gewünschten Erfolg. So musste neben den 2002 übernommenen Haftungen, im Jahr 2004 eine Patronazerklärung abgegeben werden. Bisher mussten aus dem Gemeindehaushalt keine Zuschüsse geleistet werden. In der Bilanz 2007 war ein Bilanzverlust von 1,10 Mio. Euro und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 2,09 Mio. Euro ausgewiesen. Derzeit laufen intensive Verhandlungen über einen Verkauf der Stadtwerke.

- 46.2. Der LRH wies darauf hin, dass in dem zu verhandelnden Verkaufspaket die noch offenen Schulden berücksichtigt werden müssten, falls auch die Liegenschaft einbezogen werden wird.

Außerordentliche Vorhaben

Überblick

- 47.1. Von 2004 bis 2007 betragen die a.o. Ausgaben einschließlich der Zwischen- und Vorfinanzierung für die Erweiterung und Sanierung des Bundesschulzentrums 49,45 Mio. Euro. An Einnahmen standen 49,64 Mio. Euro gegenüber, sodass ein Überschuss von 194.800 Euro verblieb.

Die Vorfinanzierung für das Bundesschulzentrum ergab bei Einnahmen von 15,69 Mio. Euro und Ausgaben von 7,75 Mio. Euro einen Überschuss von 7,94 Mio. Euro. Für Zwischenfinanzierungen wurden bei Einnahmen von 4,01 Mio. Euro und Ausgaben von 2,38 Mio. Euro ein Überschuss von 1,63 Mio. ausgewiesen. Ohne die Zwischen- und Vorfinanzierungen beliefen sich die Investitionen für die gemeindeeigenen Vorhaben auf 39,33 Mio. Euro. Aufgrund geringerer Einnahmen von 29,95 Mio. Euro verursachten sie einen Fehlbetrag von 9,38 Mio. Euro. Dieser wird in den Folgejahren durch zugesicherte Bundes- und Landesförderungen großteils abgedeckt.

Die Einnahmen wurden wie folgend aufgebracht:

Zuschussmittel	17,26 Mio. Euro	57 %
Fremdmittel	8,59 Mio. Euro	29 %
Eigenmittel	4,11 Mio. Euro	14 %

Die Eigenmittel betrafen zu 50 % (2,07 Mio. Euro) Erlöse aus Grund- und Vermögensveräußerungen und zu 41 % (1,68 Mio. Euro) Rücklagenentnahmen. 9 % (376.500 Euro) konnten direkt aus dem o. H. erwirtschaftet werden.

- 47.2. Der LRH stellte fest, dass die Finanzierung der regen Bautätigkeit in einem hohen Ausmaß Erlöse aus Vermögensveräußerungen und Fremdfinanzierungen erforderte. Nach Ansicht des LRH ermöglicht auch die Haushaltssituation der nächsten Jahre keine andere Finanzierungsform, wodurch sich die Stadt mit neuen Investitionen mehr zurückhalten muss. Vor Inangriffnahme neuer Vorhaben empfahl er, primär bestehende Vorhaben auszufinanzieren und neue, nach Prioritäten zu reihende Vorhaben nur nach gesicherter Finanzierung in Angriff zu nehmen. Des Weiteren sah er eine strikte Bedarfsprüfung und eine Folgekostenberechnung für geplante Vorhaben für geboten. Der LRH hob hervor, dass sich bei der Abwicklung der untersuchten Bauvorhaben keine Kostenüberschreitungen ergaben.

Bundesschulzentrum

Kosten und Finanzierung

48.1. Mit der Erweiterung und Sanierung des Schulzentrums beauftragte die Stadt die BIG Bauträger- und Maklerges.m.b.H., Wien. Die Kosten wurden 2001 auf 7,78 Mio. Euro exkl. USt. geschätzt. Aufgrund zusätzlicher Sanierungserfordernisse und weiteren Raumbedarf erhöhten sich die Schätzkosten für das realisierte Projekt auf ca. 17,82 Mio. Euro. Die tatsächlichen Baukosten wurden von der Stadt vorfinanziert und vom Bund refundiert. Das Land OÖ gab zur Finanzierung ein Darlehen von 4,36 Mio. Euro, welches 2007 durch Bundeszuschüsse zurückbezahlt wurde. Nach der Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund ist vorgesehen, dass der Bund

- 4,36 Mio. Euro in 5 gleichen Beträgen und einer Verzinsung von 0,1 % p.a. in den Jahren 2007 bis 2011 leistet und
- den Differenzbetrag zwischen den anerkannten Errichtungskosten (abzüglich 50 % der Bauzinsen bis höchstens 100.000 Euro) und dem geleisteten Betrag in 10 Jahresraten ab Übernahme des Objektes zuzüglich Zinsen refundiert.

Beim Vorhaben fielen bis Ende 2007 Ausgaben von 18,17 Mio. Euro an (einschließlich Kosten für Parkplatz und Wettbewerb von zusammen 293.000 Euro). Abzüglich der Einnahmen des Bundes und der Eigenleistungen für den Parkplatz (153.300 Euro) verblieb ein Fehlbetrag von 8,78 Mio. Euro, der mit dem offenen Vorfinanzierungsdarlehen von 9,09 Mio. Euro mehr als abgedeckt wurde. Der Mittelüberhang von 310.000 Euro resultierte aus Mehrleistungen des Bundes, womit noch offene Schlussrechnungen (ca. 30.000 Euro) zu begleichen sind. Der verbleibende Rest wird zur Sondertilgung des Zwischenfinanzierungsdarlehens verwendet. Eine Endabrechnung des Vorhabens liegt noch nicht vor.

48.2. Der LRH hielt fest, dass der Stadtgemeinde nach Ausfinanzierung des Vorhabens keine wesentliche finanzielle Belastung verbleiben wird.

Volks- und Hauptschule Ranshofen

Kosten und Finanzierung

49.1. Die Erweiterung und Sanierung der Volks- und Hauptschule Ranshofen wurde 2006 im Rahmen eines KG-Finanzierungsmodells begonnen. Zu diesem Zweck wurde die Gesellschaft mit der Firmenbezeichnung „Verein zur Förderung der Infrastruktur der Stadtgemeinde Braunau am Inn & Co KEG“ gegründet. Die Bauabwicklung wird von der städtischen Bauabteilung durchgeführt.

Der Finanzierungsdarstellung der Aufsichtsbehörde vom Dezember 2006 wurden Gesamtausgaben von 8,89 Mio. Euro zugrunde gelegt. Hierin sind die Ausgaben für die Mobilien als Bruttobetrag (608.000 Euro) enthalten, die nicht über die KG, sondern über die Stadtgemeinde abgewickelt und finanziert werden.

Da die Landesmittel nicht zeitgerecht zur Verfügung gestellt werden konnten, wurde mündlich vereinbart, dass das Land 50 % der Vorfinanzierungskosten (vom Baubeginn bis zur 1. Zuteilung) übernimmt, was im Finanzierungsplan nicht enthalten ist.

Laut Kostenverfolgung vom November 2007 betragen die bis dahin abgerechneten Kosten 5,21 Mio. Euro. Die Gesamtherstellungskosten werden voraussichtlich 8,65 Mio. Euro betragen.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Gutachtens betragen die Gesamtausgaben 6,55 Mio. Euro. An Einnahmen standen fast ausschließlich Darlehen und Zwischenfinanzierungsdarlehen von 6,78 Mio. gegenüber, sodass derzeit ein Überschuss von 233.400 Euro verblieb. Im übrigen stellen sich die Finanzierungsgrundlagen des Vorhabens wie folgt dar:

Finanzierungsgrundlagen	Betrag in Euro	in %
Gesamtinvestitionskosten lt. Finanzierungsplan	8.894.000	100,00
abzüglich Einrichtung	608.000	6,84
Gebäudeherstellungskosten	8.286.000	93,16
Nebenkosten		
Honorare für Beratung und Verträge	11.000	
USt 20 % Miete über 10 Jahre	102.000	
Kreditgebühren (Bausparkasse)	0	
	113.000	
Gesamtherstellungskosten-KG	8.399.000	
Finanzierung KG (ohne Einrichtung)		
Bedarfszuweisungen	2.608.000	
Landesbeiträge	2.608.000	
Vorfinanzierungskosten - 50 %		
Eigenmittel der Stadtgemeinde	41.000	
Finanzierungsbetrag - Darlehen	3.028.000	
Finanzierungsmittel KG	8.286.000	

49.2. Der LRH stellte zum Vorhaben Folgendes fest:

- Bei der KG-Finanzierung handelt es sich nach Meinung des LRH um ein Steuersparmodell, wodurch die Stadt einen steuerlichen Vorteil von ca. 1,56 Mio. Euro erwarten kann. Dieser Kostenvorteil aus dem Vorsteuerabzug vermindert den Finanzbedarf zur Finanzierung der Errichtungskosten und wirkt sich auch bei den Folgekosten durch niedrigere Annuitäten in den Folgejahren positiv auf den Gemeindehaushalt aus. Allerdings ist die Abwicklung über das KG-Modell mit einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand verbunden, da formalrechtliche Erfordernisse zu erfüllen sind.

- Die hohen Darlehensaufnahmen sind für den LRH bedenklich. Bereits unmittelbar vor dem Grundsatzbeschluss des GR wies bereits die Finanzabteilung der Stadt auf die zu erwartenden Annuitätenbelastungen (jährlich ca. 340.000 Euro) hin.

Hallenbad

Kosten und Finanzierung

- 50.1. Für die Generalsanierung des Hallenbades, welches einen überregionalen Bedarf deckt, wurden Errichtungskosten von 7,68 Mio. Euro exkl. USt. geschätzt. Dem Auftrag an den Generalplaner liegt ein Honorar von 817.400 Euro exkl. USt. zugrunde. Nach Überprüfung des eingereichten Projektes anerkannte das Land 5,69 Mio. Euro als förderbar. Die nicht förderbaren Kosten von 2,0 Mio. Euro betrafen die Wasserrutsche, die Reduktion der Nutzflächen um 35 m² auf 442 m² und die Änderung im Saunabereich von einer geschlechtergetrennten auf eine gemischte Saunalandschaft. Die Saunalandschaft wurde mit 906.700 Euro geschätzt, wovon 37.000 als förderbar anerkannt wurden. Die Stadtgemeinde verzichtete auf die Wasserrutsche und legte der Aufsichtsbehörde eine weitere Kostenberechnung über 7,30 Mio. Euro vor. Hievon entfielen 1,30 Mio. Euro auf die Saunalandschaft und auf das Hallenbad 6,00 Mio. Euro. Im MFP sind für die Jahre 2008 bis 2011 Gesamtausgaben von 7,47 Mio. eingepplant. An Einnahmen wurden Darlehen von 4,47 Mio. Euro sowie BZ und Landesbeiträge von jeweils 1,5 Mio. Euro vorgesehen. Die bisherigen Ausgaben erstreckten sich auf Planung und Bauleitung von 209.600 Euro. Die Bedeckung erfolgte durch Erlöse aus Vermögens- und Grundveräußerungen. Eine Folgekostenberechnung wurde bisher nicht angestellt.
- 50.2. Der LRH empfahl, die Folgekosten unter Einbeziehung der geothermischen Berechnungen für das Hallenbad und der sonstigen Betriebskosten zu ermitteln.

Planung und Bauleitung

- 51.1. Der Generalplanungsvertrag basiert auf einem Pauschalhonorarsatz von 12,2 %. Die Stadtgemeinde konnte auf die Gebührensätze für Büroleistung und örtliche Bauaufsicht Nachlässe erzielen. Nach dem zuletzt abgeänderten Projekt würde sich eine neue Berechnungsbasis für das Pauschalhonorar ergeben.
- 51.2. Der Stadtgemeinde wird empfohlen, auf Grund der Reduzierung der Gesamtherstellungskosten das Pauschalhonorar neu zu verhandeln.

Veranstaltungszentrum (Umbau Arbeiterkammersaal)

Allgemeines

- 52.1. Die Arbeiterkammer hat den Veranstaltungsbereich (großer Saal, ehemalige Gastronomie usw.) der Stadt Braunau durch Schenkung übertragen. Neben dem im Bürogebäude befindlichen Veranstaltungssaal ist die Arbeiterkammer-Bezirkstelle („Kopfbau“) untergebracht. Beide Bereiche waren sanierungs- und umbaubedürftig. Aus organisatorischen, wirtschaftlichen und bautechnischen Gründen wurde der zusammenhängende Gebäudekomplex in der Planung- und Bauabwicklung gemeinsam geführt. Das Vorhaben wurde in zwei Bauetappen (BE) abgewickelt. Die erste BE (Dach, Fassaden, Innenrestaurierung, Einbau der bestehenden Jugendeinrichtung in der Kaserngasse) sah einen genehmigten Kostenrahmen von 1,26 Mio. Euro vor. Der zweiten BE (Innensanierung des Saales mit Bühnen-, Medien- und Haustechnik) lagen geschätzte Kosten von 1,28 Mio. Euro zugrunde. Das Vorhaben ist abgeschlossen und seit Oktober 2007 in Betrieb.

Kosten und Finanzierung

- 53.1. Die Genehmigung der Finanzierungsdarstellung für die 1 BE erging Ende 2005 über 1,26 Mio. Euro. Die Erweiterung um die zweite BE erhöhte die Schätzkosten auf insgesamt 2,54 Mio. Euro. Die Kostenerhöhung wurde aus hochbautechnischer Sicht grundsätzlich als angemessen und akzeptabel angesehen. Eine auf die Gesamtausgaben abgestimmte Finanzierungsdarstellung der Aufsichtsbehörde steht allerdings noch aus. Die Arbeiterkammer gewährte der Stadt zum Ausbau des Veranstaltungssaales einen Baukostenbeitrag von 218.000 Euro. Laut der auf 25 Jahre geschlossenen Vereinbarung aus 2003 wurde im Zusammenhang mit der Schenkung des Gebäudes der AK ein sogenanntes „Notfallsnutzungsrecht“ eingeräumt, mit welchem die beiden Säle für fünf bzw. fünfzehn Veranstaltungen im Jahr zur Verfügung gestellt werden müssen. Des Weiteren erhielt die Stadt eine Landesförderung von 726.700 Euro, sodass zur Finanzierung der 1. BE bereits 945.000 Euro zur Verfügung standen. Die bisherige Finanzierung erfolgte mittels Darlehen von 1,28 Mio. Euro (einschließlich Zwischenfinanzierung von 505.500 Euro), Landesförderungen von 630.200 Euro und einer Zuschussleistung AK von 218.000 Euro (vor Abzug der USt.). Hinsichtlich der endgültigen Finanzierung der Gesamtausgaben gibt es noch keine Zusicherung des Landes. Nach der Kostenverfolgung vom 18.12.2007 belaufen sich die Gesamtherstellungskosten auf 2,19 Mio. Euro. Den buchmäßigen Aufzeichnungen zufolge betragen die Gesamtausgaben zum Zeitpunkt der Einschau 2,28 Mio. Euro. Mit Berücksichtigung einiger kleinerer Restbeträge werden sich die Gesamtausgaben nur geringfügig erhöhen und damit unter den Schätzkosten bleiben.
- 53.2. Der LRH stellte fest, dass für die bisherige Finanzierung größtenteils Darlehen aufgenommen werden mussten, wodurch dieses Vorhaben den o. H. entsprechend belastet. Da bislang keine Folgekostenberechnung über die zu erwartenden Betriebskosten angestellt wurde, sollten die Folgekosten ehestens berechnet werden.

Recyclinghof mit Hackgutlager und Grünschnittsammelbereich

Allgemeines

- 54.1. Die Stadtgemeinde betrieb eine Recyclinganlage mit Grünschnittsammelstelle in unmittelbarer Nähe des neuen Standortes. Diese entsprach nicht mehr den Anforderungen und musste daher erneuert werden. Eine Ausweitung der bestehenden Anlage war wegen eines hohen Grundpreises und einer Hochspannungsleitung nicht wirtschaftlich. Das Vorhaben „Recyclinghof mit Grünschnittsammelstelle und Hackguttheizanlage mit Hackgutlager“ wird gemeinsam mit dem Bezirksabfallverband (BAV) verwirklicht, welcher ein Bürogebäude und ein Altstoffsammelzentrum (ASZ) errichtet. Durch die gemeinsame und koordinierte Abwicklung der Planungen, Ausschreibungen und Bau durchführung mit dem BAV konnten Synergien genutzt werden. Deshalb wurden auch die Vergaben im Rahmen der Geschäftsführervereinbarung an den BAV übertragen. Das Hauptinteresse für das Vorhaben kam vom BAV Braunau für die Errichtung eines ASZ. Die Stadtgemeinde hat das Grundstück für die eigenen Einrichtungen und für das ASZ (ohne Bürogebäude) im Ausmaß von 11.000 m² im Jahr 2006 um 390.600 Euro (35 Euro pro m²) angekauft.
- Mit dem Bau der Anlage wurde im Herbst 2007 begonnen, wobei das ASZ im Juni 2008 abgeschlossen sein wird. Die Recyclinganlage einschließlich der Hackschnitzelanlage wird voraussichtlich im Oktober 2008 in Betrieb gehen.

Hackguttheizung

- 55.1. Mit der Hackguttheizung wird das ASZ, das Bürogebäude des BAV und der Recyclinghof beheizt. Während die Hackguttheizung derzeit nur für die Einrichtungen des BAV und der neu errichteten Einrichtungen der Stadt (Recyclingbau) ausgelegt ist, kann das Lager noch für weitere Anlagen benützt werden.
- 55.2. Der LRH sah in der Errichtung dieser Anlage eine energiesparende Maßnahme.

Kosten und Finanzierung

- 56.1. Laut Kostenschätzung vom 18.4.2007 wurden Gesamtkosten von 1,49 Mio. Euro angenommen. Die Finanzierungsdarstellung der Aufsichtsbehörde sah Gesamtausgaben von 1,33 Mio. Euro vor, welche mit Rücklagen und Erlösen aus Vermögensveräußerungen von zusammen 801.000 Euro, einem Darlehen von 300.000 Euro und Fördermitteln des Landes abgedeckt werden sollen. Bedarfszuweisungen sind nicht vorgesehen. Von den für 2008 in Aussicht gestellten Landesbeiträgen von 200.000 Euro werden nur ca. 60.000 Euro gewährt. Die zuständige Abteilung des Landes meinte, dass im Fall der Sortierung und Reparatur sperriger Abfälle die arbeitsmarktpolitischen Faktoren höher zu bewerten sind und die ökosozialen Aspekte überwiegen, die nicht aus Umweltmitteln gefördert werden. Mit dem Umwelt-Referat wurden diesbezüglich bereits Gespräche geführt. Eine Entscheidung steht aus.

Sollten diese restlichen Förderungsmittel nach zuletzt ergangenen Schreiben der Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft (12.2.2008) nicht gewährt werden, müssten die Darlehen von 300.000 Euro auf 440.000 Euro erhöht, oder zusätzliche Erlöse aus Vermögensveräußerungen lukriert werden.

Die bisherigen Gesamtausgaben beliefen einschließlich der Kosten für den Grunderwerb auf 470.600 Euro. An Einnahmen standen 718.900 Euro gegenüber, sodass sich ein Überschuss von 248.300 Euro ergab. Laut Sachbearbeiter werden die mit 1,49 Mio. Euro geschätzten Gesamtherstellungskosten um ca. 50.000 Euro unterschritten werden, sodass mit voraussichtlichen Gesamtausgaben von 1,43 Mio. zu rechnen sein wird.

- 56.2. Der LRH ist der Ansicht, dass die Finanzierung dieses Vorhabens nach derzeitiger Darstellung neben der veranschlagten Vermögensveräußerung und Rücklagenentnahme eine zusätzliche Fremdfinanzierung erfordert.

Gemeindestraßen

Kosten und Finanzierung

- 57.1. Für den Ausbau von Gemeindestraßen tätigte die Stadt von 2004 bis 2007 Ausgaben von 4,72 Mio. Euro. Dies entsprach durchschnittlich 1,18 Mio. Euro pro Jahr. Die Ausgaben wurden zu 70 % aus Darlehen finanziert. Des Weiteren wurden Interessenbeiträge und Rücklagen von zusammen 781.000 Euro verwendet, sodass nur ein geringer Anteil aus Eigenleistungen zu finanzieren war.

Während in den Vorjahren das Vorhaben ausgeglichen wurde, verblieb 2007 erstmals ein Fehlbetrag von 280.000 Euro. Dieser wurde mit der Abfallrücklage vorübergehend abgedeckt. Mit den Erlösen aus der Grundstücksveräußerung „Gewerbezentrum“ wird diese Rücklage wieder aufgefüllt.

Im MFP sind ab 2009 erstmals für drei Jahre Landesförderungen von jeweils 200.000 Euro (150.000 BZ u. 50.000 Landesbeitrag) vorgesehen. Des Weiteren werden pro Jahr ab 2008 Darlehen von durchschnittlich 550.000 Euro benötigt. Die Förderungsmittel des Landes beruhen auf Annahmen der Stadt.

- 57.2. Der LRH empfahl, künftig Straßenbaumaßnahmen nur im unbedingt notwendigen Ausmaß durchzuführen.

3 Anlagen

1 Beilage

Linz, am 18 Juli 2008

Direktor des Oö. Landesrechnungshof

i.V. Mag. Elke Anast-Kirchsteiger

Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung Stadtgemeinde Braunau

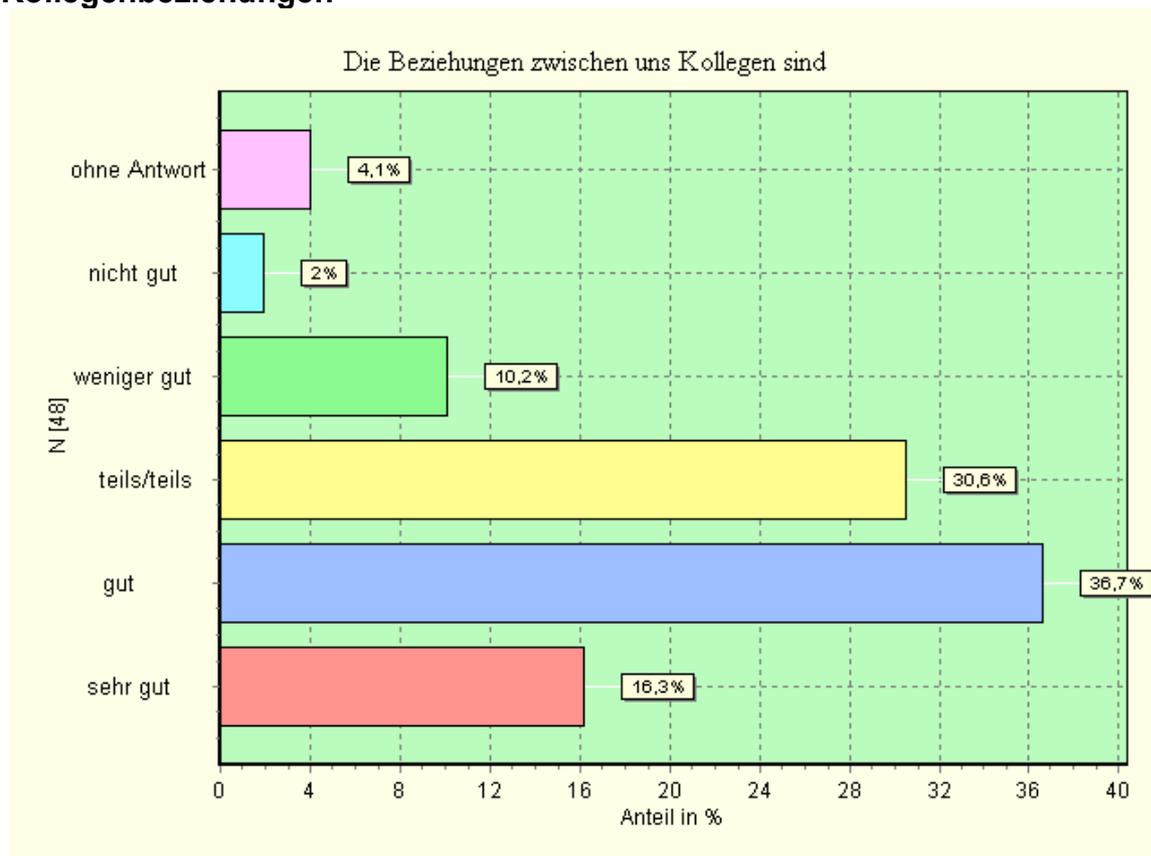
Im Zuge der Prüfung der Stadtgemeinde Braunau wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Betriebsklima in der Gemeindeverwaltung befragt. Insgesamt wurden 63 Fragebögen ausgegeben, wovon 49 an den Landesrechnungshof Oberösterreich retourniert wurden. Der Betriebsklimafragebogen umfasste insgesamt 86 Fragen, die sich auf folgende inhaltliche Bereiche aufteilen:

- Kollegenbeziehungen
- Vorgesetztenverhalten
- Organisation
- Information
- Mitsprache
- Interessenvertretung
- betriebliche Leistungen

Die sieben inhaltlich unterschiedlichen Bereiche ergeben ein Bild über die Mitarbeiterzufriedenheit zum Zeitpunkt der Befragung.

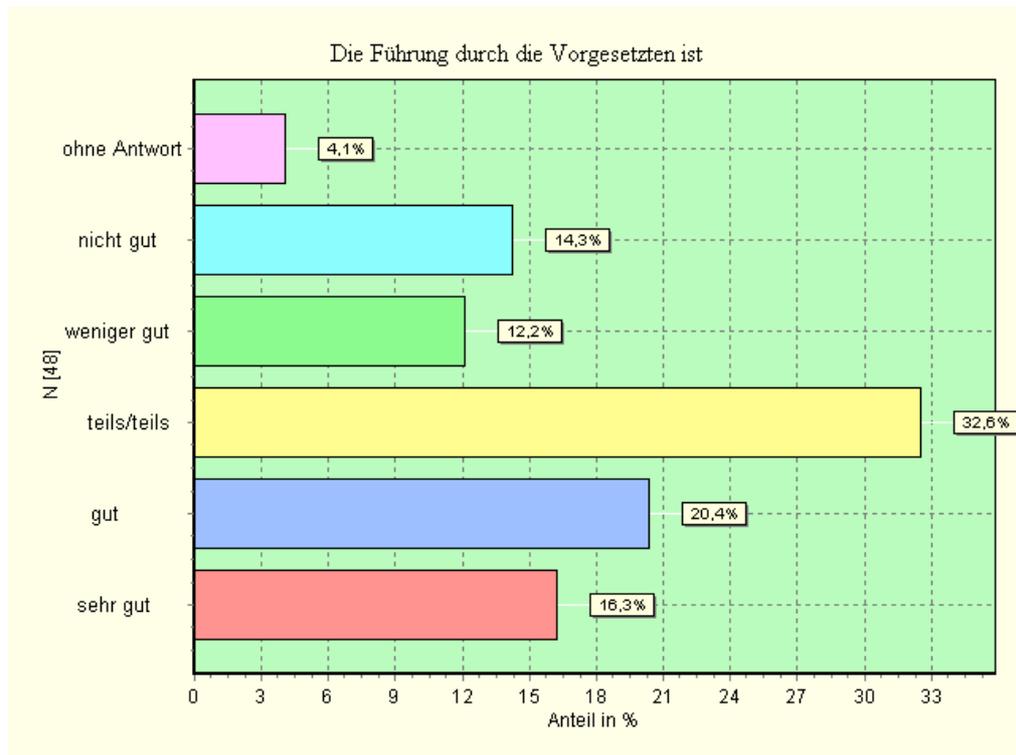
In der Folge werden die ausgewerteten Ergebnisse der inhaltlich unterschiedlichen Bereiche grafisch dargestellt, die jeweils auf einen Gesamteindruck der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schließen lassen. Die wesentlichen Schlussfolgerungen daraus sind dem Gutachten zu entnehmen.

Kollegenbeziehungen



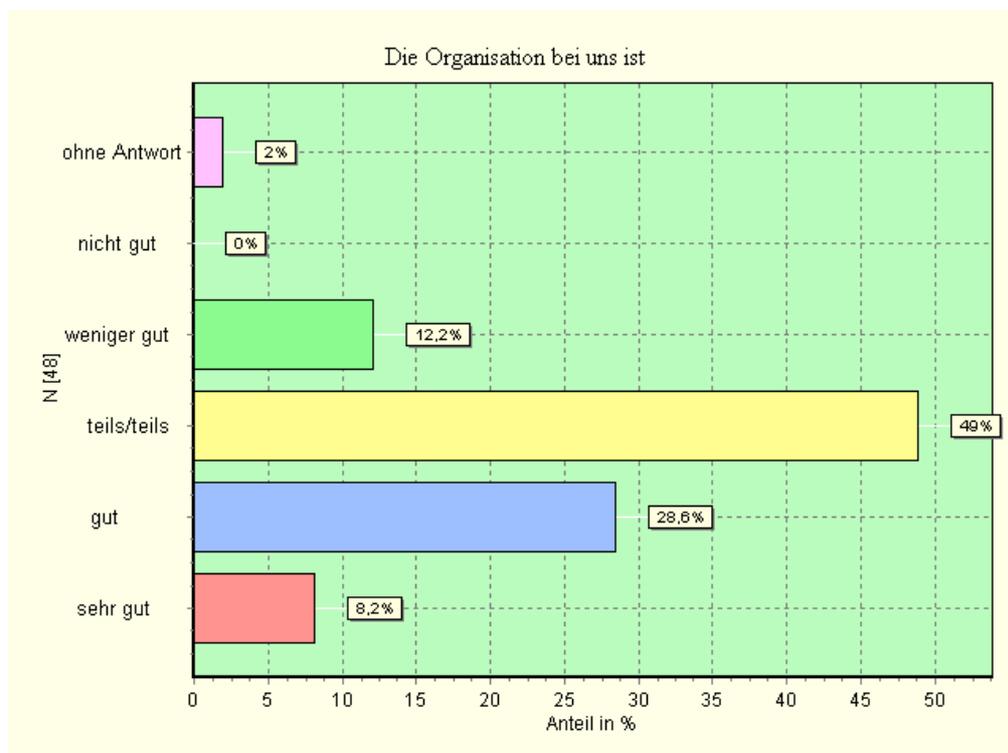
Die Beziehungen, die zwischen den Kollegen bestehen, sind ein ganz wesentlicher Bestandteil des Betriebsklimas. Sie zu gestalten, menschlich erfreulich zu machen, ist zu einem großen Teil Aufgabe der Mitarbeiter selbst; es hängt mit ihrer Gesprächsfähigkeit und -bereitschaft, mit ihrer menschlichen Reife zusammen.

Vorgesetztenverhalten



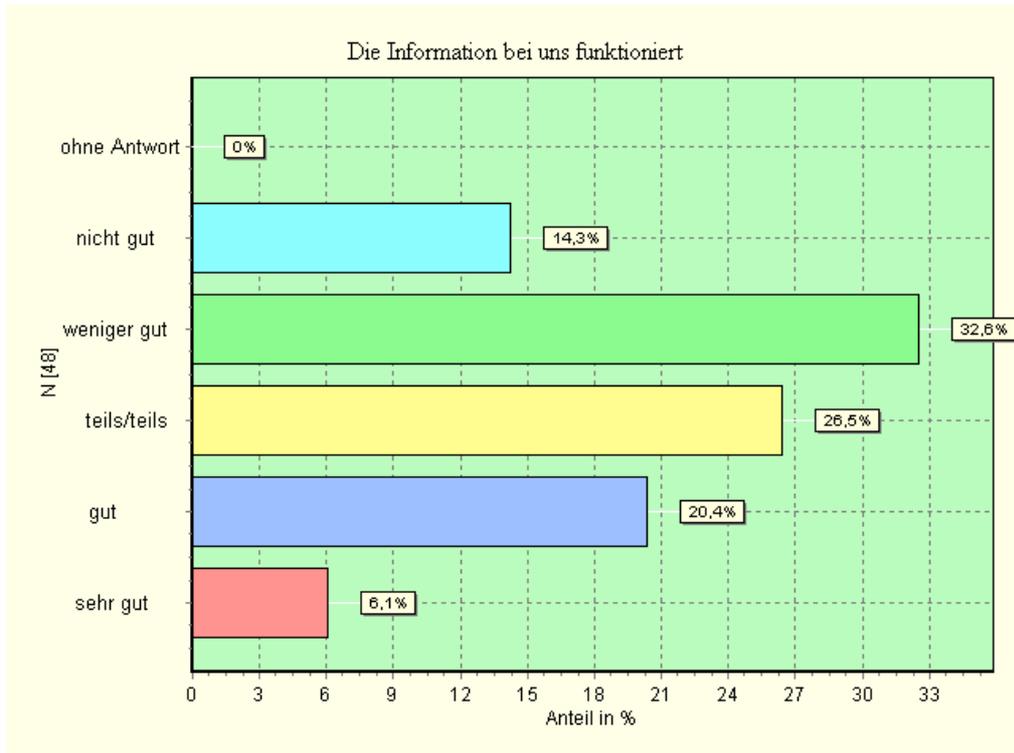
Das Betriebsklima wird maßgebend durch die Vorgesetzten gestaltet. Hier liegen auch die größten Erfolgsfaktoren im Hinblick auf die für eine moderne Verwaltung erforderliche Kultur.

Organisation

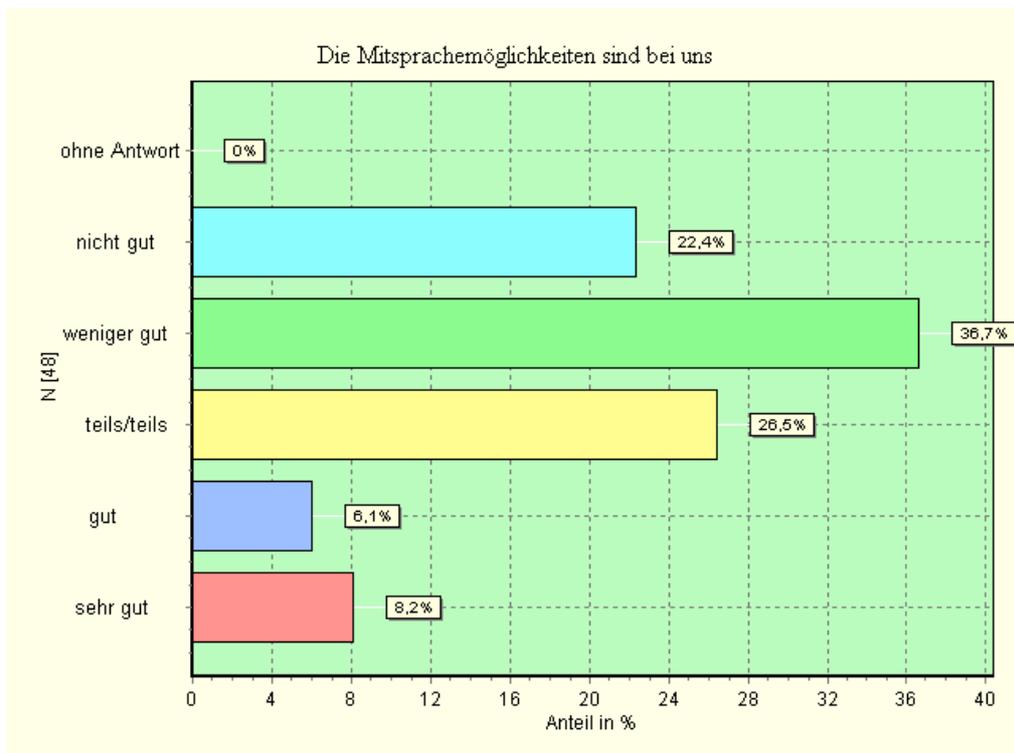


Eine effiziente Aufbau- und Ablauforganisation ist die Basis, auf der sich ein gesundes Betriebsklima erst entwickeln kann.

Information

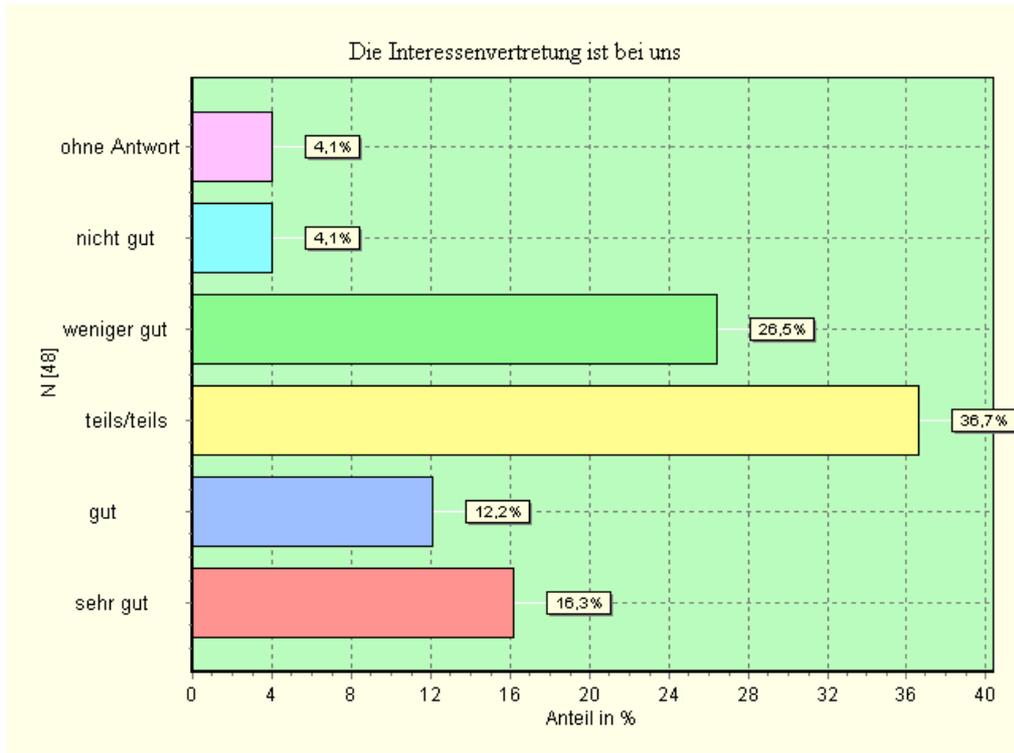


Mitsprache



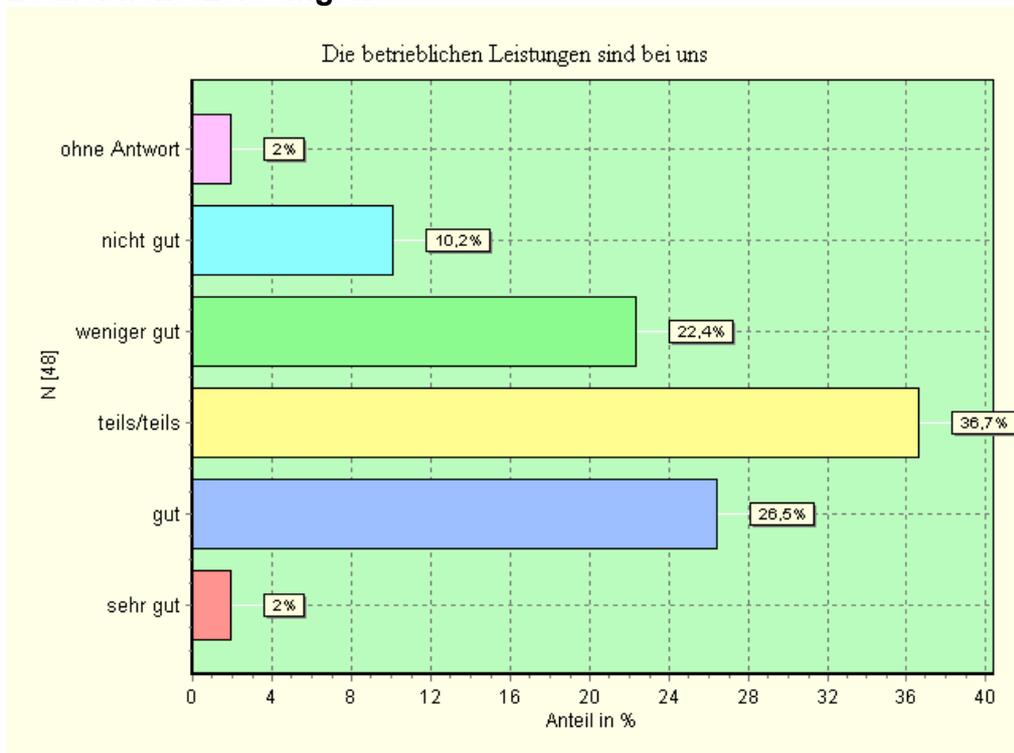
Die optimale Information der Mitarbeiter und ihre Möglichkeit zur Mitsprache sind Herausforderungen, der sich öffentliche Verwaltungen verstärkt stellen sollten. Eine transparente Informationspolitik sowie eine vertrauensvolle Kommunikation sind tragfähige Pfeiler einer gesunden Verwaltungskultur.

Interessenvertretung



Es besteht kein Zweifel daran, dass die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern und Personalvertretung dem Betriebsklima nützlich ist. Sie garantiert, dass die Interessen der Organisation und der Mitarbeiter in Übereinstimmung oder zu einem tragfähigen Kompromiss gebracht werden.

Betriebliche Leistungen



Die innerbetrieblichen Leistungen fördern die positive Arbeitsatmosphäre und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur qualitätsvollen Leistungserbringung. Mitarbeiter einer Verwaltung sind nur dann imstande, motiviert zusammenzuarbeiten, wenn ihre Leistungen honoriert werden.

Rechnungsquerschnitt 2005 bis 2007

Teil 1		Laufende Gebarung				
KZ	Bezeichnung	2005	2006	2007	Veränderung	
		Summe o. und ao. H.			06/07	
		in 1000 Euro				in %
Einnahmen der laufenden Gebarung						
10	Eigene Steuern	9.295,7	9.726,1	9.626,7	-99,4	-1,0%
11	Ertragsanteile	10.296,5	10.564,8	11.407,4	842,6	8,0%
12	Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen	4.915,9	4.821,9	5.351,6	529,7	11,0%
13	Einnahmen aus Leistungen	1.549,5	1.603,1	1.572,1	-31,0	-1,9%
14	Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit	1.101,3	1.124,7	1.145,8	21,1	1,9%
15	Laufende Transferzahlungen von Trägern d. öffentl. Rechts	1.937,1	2.032,3	2.248,3	216,0	10,6%
16	Sonstige laufende Transfereinnahmen	482,7	468,0	502,2	34,2	7,3%
17	Gewinnentnahmen der Gemeinde von Unternehmen und marktbestimmten Betrieben	1.369,3	0,0	1.379,6	1.379,6	k.A.
18	Einnahmen aus Veräußerung und sonstige Einnahmen	3.764,4	3.843,6	3.836,8	-6,8	-0,2%
19	Summe 1 (laufende Einnahmen)	34.712,2	34.184,6	37.070,6	2.886,0	8,4%
Ausgaben der laufenden Gebarung						
20	Leistungen für Personal	8.256,9	8.428,7	8.564,2	135,5	1,6%
21	Pensionen und sonstige Ruhebezüge	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
22	Bezüge der gewählten Organe	310,4	316,2	312,7	-3,5	-1,1%
23	Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	999,5	1.079,8	955,2	-124,6	-11,5%
24	Verwaltungs- und Betriebsaufwand	8.573,8	8.666,6	9.280,2	613,6	7,1%
25	Zinsen für Finanzschulden	871,7	993,7	1.344,0	350,3	35,3%
26	Laufende Transferzahlungen an Träger d. öffentl. Rechts	9.590,0	10.605,5	11.290,2	684,7	6,5%
27	Sonstige laufende Transferzahlungen	761,0	818,6	813,5	-5,1	-0,6%
28	Gewinnentnahmen der Gemeinde von Unternehmen und marktbestimmten Betrieben	1.369,3	0,0	1.379,6	1.379,6	k.A.
29	Summe 2 (laufende Ausgaben)	30.732,5	30.909,1	33.939,7	3.030,6	9,8%
91	Saldo 1: Ergebnis der laufenden Gebarung	3.979,6	3.275,4	3.130,8	-144,6	-4,4%

Teil 2		Vermögensgebarung				
KZ	Bezeichnung	2005	2006	2007	Veränderung	
		Summe o. und ao. H.			06/07	
		in 1000 Euro				in %
Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen						
30,31,32	Veräußerung von Vermögen	223,4	996,1	620,9	-375,2	-37,7%
33	Kapitaltransferzahlungen von Trägern d. öffentl. Rechts	3.826,1	3.978,7	6.983,3	3.004,6	75,5%
34	Sonstige Kapitaltransfereinnahmen	145,3	200,6	133,7	-66,9	-33,3%
39	Summe 3: Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	4.194,8	5.175,4	7.737,9	2.562,5	49,5%
Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen						
40	Erwerb von unbeweglichem Vermögen	14.982,3	6.711,6	4.268,4	-2.443,2	-36,4%
41	Erwerb von beweglichem Vermögen	520,3	723,5	895,3	171,8	23,7%
42	Erwerb von aktivierungsfähigen Rechten	29,5	34,2	46,4	12,2	35,7%
43	Kapitaltransferzahlungen an Träger d. öffentl. Rechts	25,4	114,2	4.483,2	4.369,0	3825,7%
44	Sonstige Kapitaltransferzahlungen	305,4	534,9	548,7	13,8	2,6%
49	Summe 4: Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	15.862,8	8.118,6	10.242,0	2.123,4	26,2%
92	Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	-11.668,0	-2.943,2	-2.504,2	439,0	14,9%
	Saldo 1 + Saldo 2	-7.688,4	332,3	626,7	294,4	88,6%

Rechnungsquerschnitt 2005 bis 2007

KZ	Bezeichnung	2005	2006	2007	Veränderung	
		Summe o. + ao. H.			06/07	
		in 1000 Euro			in %	
Einnahmen aus Finanztransaktionen						
50	Veräußerung v. Beteiligungen und Wertpapieren	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
51	Entnahmen aus Rücklagen	397,5	1.924,4	949,1	-975,3	-50,7%
52	Einnahmen aus Rückzahlungen von Darlehen	91,6	314,6	0,0	-314,6	-100,0%
53	Entnahmen aus Rückzahlung von Bezugsvorschüssen	25,8	44,9	54,0	9,1	20,3%
54	Aufnahmen Finanzschulden von Trägern d. öffentl. Rechts	20,0	32,0	16,0	-16,0	-50,0%
55	Aufnahme Finanzschulden von anderen Trägern	11.872,0	2.056,3	3.065,0	1.008,7	49,1%
56	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	0,0	1.213,5	0,0	-1.213,5	-100,0%
59	Summe 5: Einnahmen aus Finanztransaktionen	12.406,9	5.585,7	4.084,1	-1.501,6	-26,9%
Ausgaben aus Finanztransaktionen						
60	Erwerb v. Beteiligungen und Wertpapieren	0,0	1,0	0,0	-1,0	-100,0%
61	Zuführung an Rücklagen	1.105,8	1.127,5	598,6	-528,9	-46,9%
62	Gewährung von Darlehen an Träger d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
63	Gewährung von Darlehen an andere und Bezugsvorschüssen	21,6	35,2	16,5	-18,7	-53,1%
64	Rückzahlung von Finanzschulden bei Trägern d. öffentl. Rechts	87,1	309,1	21,0	-288,1	-93,2%
65	Rückzahlung von Finanzschulden bei anderen Trägern	2.436,1	4.897,9	3.654,0	-1.243,9	-25,4%
66	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	0,0	1.213,5	0,0	-1.213,5	-100,0%
69	Summe 6: Ausgaben aus Finanztransaktionen	3.650,6	7.584,3	4.290,2	-3.294,1	-43,4%
93	Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen	8.756,4	-1.998,6	-206,1	1.792,5	89,7%
94	Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnungen zwischen o. und ao. H.	1.068,0	-1.666,3	420,6	2.086,9	125,2%

Übersicht Gesamthaushalt		2005	2006	2007
80	Einnahmen der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 1, 3 und 5</i>	51.313,9	44.945,6	48.892,5
81	Zuführungen aus dem o. Haushalt und Rückführungen aus dem ao. Haushalt	766,7	812,4	491,7
82	Abwicklung Soll-Überschüsse Vorjahre	8.456,8	18.134,6	15.713,5
83	Abwicklung Soll-Abgang laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0
79	Summe 7 (Gesamteinnahmen)	60.537,5	63.892,7	65.097,7
84	Ausgaben der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 2, 4 und 6</i>	50.245,9	46.611,9	48.471,9
85	Zuführungen an den ao. Haushalt und Rückführungen an den o. Haushalt	766,7	812,4	491,7
86	Abwicklung Soll-Abgänge Vorjahre	8.360,1	16.969,9	16.215,1
87	Abwicklung Soll-Überschuss laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0
89	Summe 8 (Gesamtausgaben)	59.372,7	64.394,3	65.178,7
99	Administratives Jahresergebnis <i>Summe 7 minus Summe 8</i>	1.164,7	-501,6	-81,0

Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen

Betriebsergebnisse der Jahre 2005 - 2007

Bezeichnung	2005	2006	2007
	in Euro		
Kindergärten (inkl.Transport); 2005 noch 7 KG	-650.900	-667.700	-663.300
Schülerhort	-54.400	-119.000	-49.900
Bezirkssporthalle	-102.500	-112.100	-101.000
Freibad	-435.400	-362.100	-387.100
Hallenbad	-360.400	-392.300	-447.500
Citybus	-353.600	-423.400	-437.200
Museum Historische Badestube	-44.100	-50.400	-53.300
Heimatmuseum	-73.200	-72.700	-72.200
Volksbücherei	-61.700	-63.000	-57.900
Stadttheater	-30.400	-42.300	-31.400
Kulturzentrum GUGG	-64.300	-47.400	-47.900
Veranstaltungszentrum			-36.500
Abgänge	-2.230.900	-2.352.400	-2.385.200
Wasserversorgung	624.800	548.400	660.600
Betriebe der Abwasserbeseitigung	469.400	460.500	557.500
Betriebe der Abfallbeseitigung	55.800	117.300	172.100
Überschüsse	1.150.000	1.126.200	1.390.200
Gesamtergebnis	-1.080.900	-1.226.200	-995.000

AKTENVERMERK

Gegenstand: Schlussbesprechung über das Gutachten betreffend die Stadtgemeinde Braunau am Inn

Aktenzahl: LRH-210012/11-2008-Bi

Ort und Datum: Landesrechnungshof, Promenade 31, am 4. Juli 2008

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Bürgermeister Gerhard Skiba
Stadtamtsdirektor Dr. Robert Bernroither
Rechnungsrichter
Karl Probst

Mitglieder des LRH: ~~Direktor Dr. Brückner Helmut~~
Mühlbacher Martin MBA
Binder Josef
Eschlböck Hubert
Lang Viktor

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis des Gutachtens in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

Über den Inhalt des vorgetragenen Ergebnisses konnte inklusive der während der Schlussbesprechung vorgenommenen Änderungen übereinstimmende Auffassung erzielt werden. Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck).

Die oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichten auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Gerhard Skiba
.....
Robert Bernroither
.....
Karl Probst
.....
.....
.....

Mitglieder des LRH:

Lang Viktor
.....
Martin Mühlbacher
.....
Josef Binder
.....
.....